Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 7. **Bielefeld, Sonnabend, 9. Januar 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten
einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Nach Feierabend".

Wie der Herr Lizentiate Mumm berichtigt.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß der Herr Lizentiate in der Zuschrift an sein „Reich" durch allerlei Redewendungen den Eindruck abzuschwächen versuchte, den unsere Mitteilungen über die beabsichtigte Vereinigung teutscher, antisemitischer und christlich-sozialer Blätter hervorgerufen hatten. Wir haben nicht die Absicht, uns hierüber mit dem Herrn Lizentiaten heute auseinanderzusetzen. Die Zukunft wird lehren, ob das „Gesinnungsblatt" der Stöckergarde sich unabhängiger machen, oder ob es in der Tat, wie wir behaupteten, nur ein Ableger des antisemitischen Trifoliums sein wird. Mit gemeinsamem „neutralen Satz" wird ein weiterer Schritt der Schablonisierung und Uniformierung gemacht werden. Heute schon gleicht der „neutrale Teil" der Zeitungen wie ein Ei dem anderen. Ein Bekannter des Herrn Lizentiaten meinte einmal, die ganze Redaktionsarbeit bestände darin, in der „Deutschen Zeitung" das durchzustreichen, was nicht ins „Reich" hineinpasse! Auf dem freigebliebenen Raum kann dann eigene Meinung abgeladen werden, und die darf selbstverständlich — unbeschadet der gemeinsamen Redaktionsleitung — hier rechts und dort links sein. Bald so, bald so, — wie's trefft! — — —

Mumm entschuldigt die Tatsache, daß schlüpfrige Berichte in seine Blätter aufgenommen worden sind, mit der schweren und aufreibenden redaktionellen Arbeit. Ja, aber wer leistet die? In erster Linie der verantwortliche Redakteur, der Herr, der nach Mumms Angaben 183,35 Mk. Monatsgehalt bezieht, dafür aber Tag um Tag bis 1 Uhr nachts und darüber hinaus beschäftigt ist. Der Herr Lizentiate, dessen Arbeitszeit mit etwa 4 Stunden pro Tag vorgesehen ist, leistet quantitativ nicht die Hälfte der Arbeit, die der Verantwortliche auszuführen hat. Und qualitativ? Was man zunächst unter Leitung einer Zeitung versteht, das soll, wie Eingeweihte wissen wollen, von dem Herrn Lizentiaten nicht ausgeübt werden. Bleibt also die eigentliche schriftstellerische Tätigkeit. Da müssen wir allerdings bekennen, daß wir da nicht berufen sind, über den Wert oder Unwert der schriftstellerischen Leistungen Mumms für die christlich-soziale Parteibewegung zu entscheiden. Hätten wir die Erzeugnisse des Kleinen Pfeilschützen zu zensieren, so würde unsere Note manchmal: „Für den Anfang im ganzen kaum genügend" lauten müssen.

Aber die Parteifreunde des Herrn Lizentiaten, oder die Gesellschafter des „Reich", G. m. b. H., scheinen die Leistungen ihres Mitgesellschafters — denn das ist der Herr Mumm, wenn auch nicht offiziell, so doch tatsächlich — ein wenig höher einzuschätzen; sonst wäre doch der horrende Abstand in den Gehältern der Herren Redakteure nicht zu erklären. Der Verantwortliche erhält 2200 Mark Gehalt — an Herrn Mumm kamen in den letzten 3 Jahren je 4500 Mark zur Auszahlung. Und Kundige wollen sogar wissen, daß das Gehalt des Herrn Lizentiaten noch um ein erkleckliches höher ist, als wie zur „Auszahlung gelangte". Die Differenz soll er sich nach diesen Mitteilungen zinstragend gutschreiben lassen. Wenn das richtig ist, dann ist der edle Riccaut de la Marliniere geschlagen: Die deutsche Sprache ist gar keine plumpe Sprache, sie läßt sich drehen und wenden, wie es euch gefällt! Jedenfalls hat sie Herr Mumm in der Gewalt, er beherrscht sie und versteht ihr einen Sinn zu geben, der eigentlich gar kein Sinn ist. Aber für einen Sprachkünstler ist das, — na sagen wir poetica licentia, und auch die bekannte Formel — „und nichts verschwiegen werde" erstreckt sich ja nicht auf Zeitungsberichtigungen!

Immerhin, ein so frommer bibelkundiger Mann wie der Herr Lizentiate sollte auch das Wort kennen, das da gebietet: Eure Rede sei ja— ja, nein — nein, und was darüber ist, das ist vom Uebel! Der Wahlkampf scheint aber diese Dinge mehr in den Hintergrund zu drängen. Der Herr Lizentiate wird es daher Dank wissen, wenn wir ihn ersuchen, uns noch einmal zu berichtigen, wenn's auch schwer fallen sollte.

Vielleicht zertritt er dann, wenn es menschenmöglich ist, so nebenbei auch noch der Behauptung den Kopf, daß die Predigerstelle in Berlin und das Amt im Vaterländischen Bauernverein auch noch einige wesentliche materielle Werte eintragen. Für die christlich-sozialen Arbeiter müßte er das schon tun. Denn die Einsichtigen und Ehrlichen unter diesen werden die klaffende Lücke zwischen Theorie und Praxis im „Reiche" des Herrn Mumm nicht verstehen, und auch wir hielten es im Interesse der Wahrheit für dringend geboten, daß uns der Herr Lizentiate erzählt, ob in seinem „Reiche" jeder seines Lohnes wert ist.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Mehlkonflikt mit der Schweiz. Eine Note der deutschen Regierung über den Mehlstreit mit der Schweiz regt in erster Linie eine Verständigung zwischen deutschen und schweizerischen Müllern an. Hier aber betrachtet man derartige weitere Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Müllern als völlig aussichtslos, da die früheren Besprechungen unter den Müllern gänzlich scheiterten. Deutschland verlangt subsidiär, daß ein Schiedsgericht die Mehlfrage zu entscheiden habe, und eine Entscheidung darüber, ob die Schweiz berechtigt sei, in Anwendung von Artikel 4 des Schweizer Zollgesetzes einen Zollzuschlag auf deutsches Mehl zu erheben. Auf die vom schweizerischen Bundesrat vorgeschlagene Freigabe des Schweizer Mehlzolles geht die deutsche Note nicht weiter ein.

Die Elektrizitätssteuer. Die „Badische Presse" ließ sich aus Berlin die Sensationsnachricht telegraphieren, daß die Elektrizitätssteuer-Vorlage von der Regierung zurückgezogen werde.

Auf eine Anfrage im Reichsschatzamt erklärt Unterstaatssekretär Twele folgendes:

„Von einer Zurückziehung der Elektrizitätssteuervorlage ist mir nichts bekannt. Ganz abgesehen davon, daß ich nicht weiß, wie das rechtlich gemacht werden sollte. Es handelt sich um eine Vorlage der verbündeten Regierungen. Zur Zurückziehung einer solchen Vorlage wäre ein Bundesratsbeschluß notwendig. Ein solcher liegt aber nicht vor. Ob in naher Zukunft der Bundesrat einen derartigen Beschluß fassen wird, weiß ich ebenfalls nicht. Ich glaube es aber auch nicht. Die Sache liegt doch einfach so, daß wir das Geld zur Sanierung der Reichsfinanzen und Durchführung der Reichsfinanzreform durchaus brauchen. Auf der anderen Seite steht Exzellenz Sydow auf dem Standpunkte, den er auch mehrfach betont hat, daß er sich nicht darauf verläßt, Eventualsteuervorlagen auszuarbeiten und in petto zu halten. Erst müssen wir sehen und abwarten, was der Reichstag aus der Elektrizitätssteuervorlage machen wird, dann erst wird der Bundesrat zu den Beschlüssen des Reichstages Stellung nehmen."

Gegen die paritätischen Arbeitskammern. Zu dem Gesetzentwurf über die Arbeitskammern haben die Handelskammern zu Barmen, Elberfeld, Lennep und Solingen eine ausführlich begründete Eingabe an den Reichstag gerichtet, die mit folgenden Sätzen schließt:

„Wir fassen das Gesagte zusammen, indem wir, wie schon in unserer Eingabe an den Bundesrat vom 12. März 1908, erklären:

Wir sprechen uns mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung von paritätischen Arbeitskammern aus, wir lehnen insbesondere den vorliegenden, auch in seinen Einzelheiten größtenteils nicht brauchbaren Entwurf ab, und befürworten mit Rücksicht darauf, daß eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter nach dem Willen der Regierung und des Reichstages geschaffen werden soll, die Errichtung von Arbeiterkammern."

Der „Fall Schücking" ist nun endgiltig beigelegt. Wie ein Telegramm des „Berliner Tageblattes" aus Husum meldet, hat der Regierungspräsident zu Schleswig sich mit der Amtsniederlegung des Bürgermeisters jetzt einverstanden erklärt.

Diamantenfieber. Der „Täglichen Rundschau" wird aus Potsdam geschrieben:

„Ueber den Diamantenreichtum Südwestafrikas zirkulieren in den Kreisen der Beamten des Rechnungshofes schier unglaubliche Gerüchte. Wie aus Briefen, die von Beamten aus Südwest an ihre hiesigen Angehörigen gerichtet wurden, hervorgeht, sind in der letzten Zeit einige Herren infolge der Diamantenfunde zu gewissem Reichtum gelangt: „Mehrere in Lüderitzbucht stationierte Reichsbeamte kauften vor Jahresfrist Anteilscheine einer im Entstehen begriffenen Diamantenminengesellschaft für 60 Mark. Minenbesitzer aus Kapstadt haben nun nach Inaugenscheinnahme des „steinhaltigen" Geländes 40 000 Mark für die Aktie geboten. Besonders in den Klippen sollen die Diamantensucher erfolgreich arbeiten. Einzelne sehr schöne Steine im Gewicht von ½ Karat wurden aus dem Klippsand ausgelesen. Auch Swakopmund und Windhuk sind bereits der Sitz von Minenaktionären. Allerdings hat die deutsche Kolonialregierung Vorsorge getroffen, daß die Minengelände, soweit sie Beamteneigentum sind, in deutschem Besitz bleiben. An Preisen wurden jetzt für ungeschliffene oktaederförmige Diamanten bis zu 300 Mark pro Karat erzielt. Ein halbes Karat geht jedoch beim Schleifen verloren." . . .

Die „Tägliche Rundschau" bemerkt hierzu, daß es den Kolonialbeamten bisher verboten gewesen sei, in Anteilscheinen der Kolonialgesellschaften zu spekulieren. Es sei deshalb anzunehmen, daß es sich bei der Mitteilung nicht um Reichsbeamte handele.

Wöchnerinnenunterstützung. Dresden, 8. Jan. Der Rat von Dresden beabsichtigt die Einführung einer Unterstützung der Wöchnerinnen aus minder bemittelten Kreisen. Die Unterstützung soll vor und nach der Entbindung gewährt werden; sie soll jedoch keine Armen-Unterstützung sein.

Die Arbeitslosigkeit vor den Chemnitzer Stadtverordneten. Chemnitz, 8. Jan. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich gestern mit der Eingabe des Gewerkschaftskartells über die Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Das Gewerkschaftskartell hatte schon einmal, am 10. Dezember v. J., gefordert: 1. Vornahme einer Arbeitslosenzählung nach Kölner Muster, 2. Erleichterung in kommunalen Verpflichtungen für die Arbeitslosen, ohne daß Steuererlaß usw. als Armenunterstützung gelten dürfen, 3. Vermehrung der Notstandsarbeiten, 4. Bereitstellung von Geldern zur Verteilung durch das Gewerkschaftskartell an Arbeitslose.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nun zwar eine Arbeitslosenzählung beschlossen, aber nicht nach Kölner Muster. Steuererleichterungen sollen auch gewährt und die Notstandsarbeiten vermehrt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß weiter: Wenn die Notstandsarbeiten plötzlich aufhören sollten, dann soll der Stadtrat den Arbeitslosen direkt Unterstützung, nicht durch die Gewerkschaften zukommen lassen. Diese Unterstützungen sollen nicht als Armenunterstützung gelten. — Zurzeit werden täglich 1500 Mark an Lohn für Notstandsarbeiten ausgegeben. Von den 37 000 Mark hierfür bis jetzt bewilligten Geldern sind bereits 27 000 Mark ausgegeben.

Es werden täglich 600 Arbeiter mit Notstandsarbeiten für einen Lohn von 30 Pfg. pro Stunde beschäftigt.

Die nächste Stadtverordnetensitzung soll erneut über Notstandsarbeiten beschließen.

Teure Zeiten. Der Stadtrat in Dresden hat die Verpflegungssätze für die städtischen Heil- und Pflegeanstalten abermals erhöht wegen der Verteuerung aller Lebensmittel.

Verhandlungen über Bergarbeiterschutz. Im preußischen Abgeordnetenhause fanden gestern, wie die „Berliner Univ.-Korr." berichtet, unter Vorsitz des Handelsministers Delbrück Verhandlungen über verschiedene wichtige Fragen statt, die den preußischen Bergbau betreffen. An den Verhandlungen nahmen außer dem Minister, dem Unterstaatssekretär Dr. Richter und der gesamten Bergabteilung des Handelsministeriums auch die preußischen Oberpräsidenten und Vertreter der Bergwerke von Recklinghausen und Saarbrücken teil. Es ist noch eine größere Anzahl von Sitzungen in Aussicht genommen. Neben anderen bedeutsamen Punkten wird über die in Vorbereitung befindliche Novelle zum Berggesetz, über die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren u. a. eingehend beraten werden.

Zur Wahlrechtsreform in Sachsen. Zwischen der Wahlrechtsdeputation der ersten Kammer und den Parteiführern der zweiten Kammer ist ein Wahlrechtskompromiß zustande gekommen, dem die Regierung bereits die Zustimmung erteilt hat und für die in beiden Kammern eine Zweidrittelmehrheit gesichert ist! Der Wahlrechtsreform soll, einer offiziellen Mitteilung der ersten Kammer zufolge, ein Pluralwahlrecht zugrunde gelegt werden, und zwar unter Vermeidung schroffer Gegensätze in der Zuerteilung der Zusatzstimmen, dementsprechend in einer mäßigen Abstufung der Einkommen und einer Berücksichtigung der Lebensstellung der Wähler. Maßgebend für die Zusatzstimmen ist: 1. die Selbständigkeit (Wahlrecht zur Gewerbekammer und zum Landeskulturrat), 2. die Ansässigkeit, 3. die Vorbildung, 4. die feste Stellung, 5. das Einkommen und 6. das Alter.

Die Höchstzahl der Zusatzstimmen wird auf drei festgesetzt. Eine Vermehrung der Wahlkreise soll dadurch erfolgen, daß den drei großen Städten je zwei neue Wahlkreise zugeteilt werden, und daß aus sechs besonders großen und stark bevölkerten ländlichen Wahlkreisen neun gebildet werden. Von Einführung der Verhältniswahl in den großen Städten soll abgesehen werden.

Dagegen wurde die regelmäßige Integralerneuerung der Kammer nach Einführung des neuen Wahlgesetzes beschlossen.

Eine Wahlrechtsdemonstration zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes für die Wahlen zum elsaß-lothringischen Landesausschuß ist in den größeren Parteizentren des Reichslandes für Sonntag, 7. Februar — als dem zweiten Sonntag nach Eröffnung des reichsländischen Notabelnparlamentes — geplant. Es sollen Versammlungen unter freiem Himmel und Straßenumzüge stattfinden — womöglich mit hoher behördlicher Genehmigung, zu welchem Zwecke der sozialdemokratische Kreisverein Mühlhausen jetzt schon eine Eingabe gemacht hat.

Die Geldgeber des Reichsverbandes.

Jahrzehntelang hat die rheinisch-westfälische Großindustrie hohe Unterstützungen an die nationalliberale Partei gezahlt — natürlich nicht aus platonischer Vorliebe für den Nationalliberalismus, sondern damit die nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und der verschiedenen Landtage die Interessen der Großindustriellen, speziell der Eisen- und Stahlindustriellen, wahrnehmen; das heißt, für den von den Industriellen geforderten Zollschutz eintraten, für die Flottenvermehrung und Heeresrüstungen stimmten, auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung bremsten usw. Noch bei den Hottentottenwahlen forderte der Zentralverband deutscher Industrieller von jedem seiner Mitglieder je 1 Mk. für jeden beschäftigten Arbeiter ein und verwandte den größten Teil der auf diese Art eingekommenen Summe zur Unterstützung nationalliberaler Kandidaturen.

Die Gegenleistungen der nationalliberalen Partei entsprechen nach Ansicht der Großindustriellen aber nicht den von ihnen gezahlten Subsidien. Besonders sind die Stahlmagnaten und Syndikatsgrößen mit dem Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion unzufrieden, weil diese nicht genügend die „Herrenrechte" der Unternehmer gegenüber ihren Arbeitern zu wahren verstanden hat, während die Schlotmagnaten an dem Verhalten der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses weniger auszusetzen finden. Die Großindustriellen drohten, wenn die nationalliberalen Führer in ihrer Renitenz beharren, mit Entzug der bisher von ihnen an die nationalliberalen Fonds gezahlten Subsidien, und tatsächlich scheinen sie in letzter Zeit ihre Drohung ausgeführt und zum Leidwesen der nationalliberalen Parteiführer einen größeren Teil ihrer Unterstützungen dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zugeführt zu haben. Indirekt haben allerdings die Nationalliberalen auch jetzt noch von diesen Beträgen den Hauptvorteil, denn der Reichsverband leistet einen recht ansehnlichen Teil der nationalliberalen Wahlarbeit; aber dennoch ist es natürlich den nationalliberalen Herren recht schmerzhaft, daß ihnen das Geld nicht mehr direkt zufließt.

Eine Bestätigung dieser niedlichen Subventionsverhältnisse lieferte jüngst (am 5. Januar) in einer Wählerversammlung, die in Klafeld im Siegener Reichstagswahlkreise stattfand, der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Herr Breithaupt aus Berlin. Er sagte, wie uns mehrere Anwesende bezeugen, die sich sofort den Wortlaut aufschrieben:

„Ich kann aus genauer Kenntnis der Dinge sagen, daß die hohen Beiträge, die die Schwerindustrie, ich meine die Industrie des Westens, zahlt, in die Kasse des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fließen."

Weiter erklärte Herr Breithaupt, daß seine Partei keine Zuwendungen aus den Werkskassen erhalte, wohl aber gäbe es Mitglieder der Partei, welche freiwillig Jahresbeiträge von mehreren hundert Mark und höher zahlten.

Herr Breithaupt bestreitet also nicht, daß auch jetzt noch die nationalliberale Partei recht ansehnliche „Jahresbeiträge" von den Großindustriellen bezieht, wenn auch nicht direkt aus den Werkskassen. Die größten Beträge aber der Eisen- und Stahlindustrie erhält jetzt der ehrsame Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Das ist ebenso kennzeichnend für den Charakter der Eisenkönige wie für den Charakter des Reichsverbandes, der tatsächlich mehr und mehr zu einem Agitations- und Wahlkampfverband der Kraut- und Schlotjunker geworden ist.

Wir werden uns das Geständnis des Herrn Breithaupt merken.

Alte und neue Praktiken des Kapitalismus.

Das System der schwarzen Listen, das die rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer unter sich verabredet haben, um die Arbeiter durch Anwendung der Hungerpeitsche zur Hörigkeit zu zwingen, ist bereits sehr hohen Alters. In dem von Moses Heß 1845 herausgegebenen „Gesellschaftsspiegel" wird das Treiben der damaligen Eisenbahngesellschaften aufgedeckt, die in terroristischen Maßnahmen gegen ungefügige Angestellte und Arbeiter ein Geschick entwickelten, daß ihre kapitalistischen Nachfahren von heute nur das Beispiel von damals nachzuahmen brauchten, um auf der Höhe der Situation zu stehen.

Der „Gesellschaftsspiegel" veröffentlichte im genannten Jahre folgendes Aktenstück:

„Die unterzeichnete Direktion der Bonn-Kölner Eisenbahngesellschaft einerseits und die ebenfalls unterschriebene Direktion der Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahngesellschaft andererseits machen sich gegenseitig verbindlich, keiner von den bei der anderen Kompagnie Angestellten, namentlich keinen Techniker, Lokomotivführer, Schaffner, Bahnwärter usw. in ihre Dienste zu nehmen, solange derselbe nicht die genügendsten Zeugnisse seines Wohlverhaltens vollständigster Pflichterfüllung und Genehmigung seiner Entlassung von derjenigen Kompagnie beibringt, deren Dienste er verlassen hat oder verlassen will. In jedem einzelnen Uebertretungsfall dieses Vertrages hat die dawiderhandelnde Kompagnie an diejenige, gegen welche dieser Vertrag übertreten wird, eine Konventionalstrafe von 500 Taler zu zahlen."

Denselben Vertrag hatte die Direktion der Bonn-Kölner mit der Direktion der Leipzig-Dresdener Eisenbahngesellschaft getroffen. Daß übrigens diese Verabredungen nicht nur gegen die Angestellten, sondern auch gegen die beim Bau beschäftigten

Arbeiter getroffen waren, ergab sich aus der Tatsache, daß ein Beamter der im Bau begriffenen Vohwinkel-Steeler Eisenbahn einem Schachtmeister erklärte, die Direktion habe Verabredungen getroffen, sich keine Arbeiter zu entziehen, damit der Arbeitslohn nicht teurer werde.

Nun bestimmte zwar der § 181 der preußischen Gewerbeordnung vom Jahre 1845, daß die Gewerbetreibenden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden sollen, die ihre Gehilfen, Gesellen oder Arbeiter zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie sich untereinander verabreden, die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gehilfen, Gesellen oder Arbeiter zu entlassen oder zurückzuweisen. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der zu einem solchen ungesetzlichen Schritte andere auffordert.

Und der Artikel 414 des rheinischen Strafgesetzbuchs bedrohte diejenigen, die Arbeiter beschäftigen und sich zu dem Zweck verbinden, um die Herabsetzung des Lohnes auf eine ungerechte und übertriebene Art zu erzwingen, mit einer Gefängnisstrafe von 6 Tagen bis zu 1 Monat und mit einer Geldbuße von 200 bis 3000 Franken.

Es ist aber nichts davon bekannt geworden, daß gegen die Eisenbahndirektionen von Amts wegen eine dieser Bestimmungen angewendet worden ist. Genau wie heute! Nur ist unsere Zeit insofern fortgeschrittener, als sie Männer hervorbringt, die zu beweisen vermögen, daß terroristische Maßnahmen dieser Art als Mittel zur Erziehung der Arbeiter aus ethischen Gründen Ermunterung verdienen.

Die Neujahrsrede Wilhelms II.

In einer offiziösen Berliner Meldung erklärt die „Kölnische Zeitung" zu der Neujahrsansprache des Kaisers, der Vorgang stelle sich als rein militärischer Akt dar. Die Aeußerungen des Kaisers bei dieser Gelegenheit sind nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, auf amtlichem Wege auch nicht mitgeteilt; es fehlt somit der Erörterung in der Presse die beglaubigte Grundlage, ebenso aber auch der Anlaß zu öffentlicher Kritik. Der Schlieffensche Artikel beschäftigt sich mit der militärischen Entwickelung Europas unter Zugrundelegung derjenigen politischen Kombinationen, die für Deutschland die nachteiligsten sein würden. Das entspreche durchaus der richtigen, militärischen Regel, derzufolge man — um unter allen Umständen sicher zu gehen — mit den nachteiligsten Möglichkeiten rechnen muß.

Der „Reichsanzeiger" bringt zu derselben Angelegenheit in seiner gestrigen Abendausgabe die folgende offizielle Erklärung:

„Seine Majestät der Kaiser und König hat am 2. Januar, wie alljährlich, eine Besprechung mit den hier zur Neujahrsgratulation versammelten kommandierenden Generalen abgehalten. Die Aeußerungen Seiner Majestät waren nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt und hätten nicht den Gegenstand öffentlicher Kritik bilden dürfen. Trotzdem sind Nachrichten darüber in die Presse gelangt. Gegenüber den in ausländischen Blättern erschienenen Angriffen stellen wir fest, daß sich die Besprechung lediglich auf militärische Fragen bezog. Im Anschluß an eine Betrachtung der bei den letzten Manövern gemachten taktischen Erfahrungen wies Seine Majestät der Kaiser auf eine kürzlich erschienene akademische Studie hin, in der die Gestaltung des modernen Krieges und die Einwirkung der neuzeitlichen Waffen auf das Gefecht entwickelt sind. Die in dieser militärischen Arbeit auch enthaltenen politischen Gedanken und Ausblicke kamen in den Ausführungen des obersten Kriegsherrn nicht in Betracht".

Während so Bülow den Vorstoß der Kamarilla zu parieren sucht, wird im „Reichsboten" der Vorstoß weiter fortgesetzt. In einem mit E. Z—n. gezeichneten Artikel wird über die Angstmeier in Deutschland gehöhnt, die da glauben, den Frieden erhalten zu können, wenn sie zurückhaltend bleiben und dem Ausland gegenüber nicht mit dem Säbel rasseln.

Zum Schlusse dieses E. Z—n. gezeichneten Artikels heißt es: „Wo die Dinge so liegen wie heute, ist alles Diplomatisieren vom Uebel; helfen kann nur festes, entschlossenes Auftreten. Das Ausland muß merken, daß wir unsere Entschlüsse gefaßt haben und sie im Ernstfall ohne Zaudern auszuführen entschlossen sind. Wir brauchen jetzt eine starke Politik, die den gegebenen Tatsachen furchtlos und entschlossen ins Auge sieht. Unser Schwert muß aus der Scheide, wenn Rußland die Serben mit den Waffen unterstützt. Dies mit allem Ernste dem Ausländer klargemacht, kann allein den Frieden sichern, nicht ängstliches Vertuschen und Verkleistern."

Es ist nur gut, daß das Sprichwort von den bellenden, aber nicht beißenden Hunden immer noch zutrifft. Der Kronprinz von Serbien hat ja sein Maul noch weiter aufgerissen als der teutsche Kriegsgeld des frumben „Reichsboten". Und auch dieser wird schwerlich für sein Vaterland sterben.

Ausländer im Rechtsstaat Preußen.

Der preußische Minister des Innern läßt bekanntgeben, daß über die Anwendung des Ausweisungsverfahrens gegen ausländische Arbeiter neue Bestimmungen erlassen sind, durch die „unnötige Härten vermieden" werden sollen. Bekanntlich bedürfen ausländische Arbeiter, die in Preußen arbeiten wollen, eine Legitimationskarte der Feldarbeiterzentrale. Einem „kontraktbrüchigen" Arbeiter wird die Umschreibung dieser Karte auf den neuen Arbeitgeber verweigert. Sie verfallen damit im Widerspruch mit dem Reichsgesetz und den Staatsverträgen, aber auch der Praxis im „Rechsstaat" Preußen der Ausweisung. Die Entscheidung darüber liegt „im Interesse einer möglichst schleunigen Regelung des Arbeitsverhältnisses" bei dem Landrat, der so, falls der bisherige Arbeitgeber gegen Ausstellung einer neuen Karte Widerspruch erhebt, die Existenz des ausscheidenden Arbeiters in seiner Hand hat. Die neue ministerielle Verfügung bestimmt nun, daß während des vom Landrat eingeleiteten Ermittelungsverfahrens, ebenso während eines mit Bezug auf das beendete Arbeitsverhältnis schwebenden Rechtsstreits die Ausweisung wegen Kontraktbruchs nicht erfolgen solle. „Andernfalls würde eine Erschwerung der Rechtsverfolgung entstehen, welche sich in einem Rechtsstaat auch einem Ausländer gegenüber nicht rechtfertigen ließe."

Aus dieser Verfügung geht hervor, daß die preußischen Behörden bisher sich nicht gescheut haben, den ausländischen Arbeitern, die bereits durch die Feldarbeiterzentrale in ein Hörigkeitsverhältnis herabgedrückt sind, auch noch das ganz wenige Recht, das namentlich Landarbeiter vor preußisch-deutschen Gerichten gegen ihre Herren zu finden pflegen, durch das Mittel der Ausweisung während des schwebenden Rechtsstreits zu rauben. Dies Verfahren ist wiederholt im Reichstag als rechtswidrig gekennzeichnet. Wenn der Minister dem entgegentritt, so will er damit keineswegs das drohende Schwert der Ausweisung von denjenigen Arbeitern hinwegnehmen, die durch das Erkenntnis eines Gerichts oder gar nur durch das Ermittelungsverfahren eines Landrats als kontraktbrüchig gezeichnet sind. Diese Staatsorgane aber stehen den Landarbeiterverhältnissen zumeist völlig vom Unternehmerstandpunkt gegenüber, zumal die Landräte, die ja fast alle Fleisch vom Fleische der Rittergutsbesitzer sind. Dabei ist es allbekannt, welche Summe von Vertragsbrüchigkeit sich oft und namentlich bei den Männern vom Bund der Landwirte angesammelt hat, bis ein ausländischer Arbeitssklave sich entschließt, seinerseits den längst durchlöcherten Vertrag zu zerreißen. Ist er doch durch Unkenntnis der Sprache und Mangel an Rückhalt gezwungen, sich vieles gefallen zu lassen, was selbst vom Standpunkt seiner rückständigen heimischen Verhältnisse ihm kaum erträglich erscheint. Denn es handelt sich für ihn in solchen Fällen nicht nur um die Arbeitsgelegenheit, um deretwillen er die große Reise gemacht hat, sondern zumeist auch um seinen rückständigen Lohn, oft selbst um seine geringen Habseligkeiten, die dabei aufs Spiel gesetzt werden. Und selbst, wenn wirklicher Kontraktbruch vorliegt — welch unerhörter Mißbrauch des Ausweisungsrechts, das von wirklich zivilisierten Regierungen nicht ausgeübt, hier aber kaltblütig in den Dienst rein privater Interessen gestellt wird! Allerdings sind es die Interessen der Edelsten und Besten, denen zuliebe Gott das arbeitende Pack und die mächtige Staatsgewalt geschaffen hat.

Aber auch damit begnügt sich die Regierung nicht. In ihrer Verfügung weist sie ausdrücklich darauf hin, daß „unberührt bleibt das Recht der Polizeibehörden, einen ausländischen Arbeiter, obwohl ein richterliches Verfahren über das Arbeitsverhältnis im Gange ist, aus anderen fremdenpolizeilichen Gründen auszuweisen, insbesondere etwa, weil er sich als Bettler oder Landstreicher oder in anderer Weise persönlich lästig gemacht hat"! Damit wird die ganze übrige Rechtsstaatskomödie als Komödie enthüllt. Man weiß, was alles unter den dehnbaren Begriff „sich lästig machen", dem schon im Ausdruck die Polizeiwillkür aufgeprägt ist, gerechnet wird: z. B. gewerkschaftliche Tätigkeit, ja schon die Verweigerung entwürdigender Streikbrecherdienste und selbst die Ablehnung schimpflicher Spitzelei gegen die eigenen Landsleute. Und auch die gerichtliche Wahrnehmung ihrer privatrechtlichen Ansprüche wird den ausländischen Arbeitern nicht gerade erleichtert, wenn sie erfahren, daß sie auch ohne Kontraktbruch sich lästig machen und der Ausweisung verfallen können. Die ungebildeten Leute wissen ja nicht, daß die preußischen Behörden dem Arbeiter gegenüber die denkbar unparteiischsten und namentlich agrarischen Ansprüchen völlig unzugänglich sind. Wer die Skrupellosigkeit namentlich unserer Ritter vom Kornzoll kennt, der weiß auch, was ein energischer Herr, der natürlich mit der Behörde auf dem besten Fuß steht, mit dieser aufrecht erhaltenen Ausweisungsdrohung gegen lästige Ausländer, zu denen natürlich alle „Hetzer" gehören, zur Einschüchterung hilfloser Ausländer tun kann. Damit wird manches tausend Mark verdienter Arbeitslöhne und Entschädigungsansprüche „gespart" werden.

Und das tut ein Staat, dessen Angehörige zu Hunderttausenden im Ausland ihr Brot verdienen und so auf die Loyalität der fremden Staaten angewiesen sind. Man vergleiche solches Verfahren mit dem englischen Recht, nach dem ein Ausländer nur durch rechtskräftiges Gerichtsurteil, nach siebenjährigem Aufenthalt aber gar nicht mehr ausgewiesen werden kann. Man hat dann ein Bild, wie weit Preußen in der Welt voran ist.

Die Ausweisung von Russen, Oesterreichern, überhaupt Angehörige aller Länder, mit denen ein Handelsvertrag mit Meistbegünstigungsklausel besteht, ist ein krasser Vertragsbruch. Die Agrarier aber haben Veranlassung, solch ungerechte Ausweisungen zu betreiben, weil nach den von uns veröffentlichten Verträgen der Feldarbeiterzentrale jede Ausweisung ihnen eine namhafte Prämie bringt.

Woher erhalten die christlichen Gewerkschaften ihre Gelder?

Im Reichstagswahlkreise Siegen entschlüpfen in der Hitze des Gefechts unseren Gegnern sehr beachtenswerte Geständnisse, von denen jedenfalls das nachstehende das interessanteste ist. Mehr als zwanzig christlichsoziale Redner versuchten krampfhaft nachzuweisen, daß die nationalliberale Partei im Dienste der rheinisch-westfälischen Großindustrie stehe und von dieser materiell unterstützt würde. Zudem sei die nationalliberale Partei Gegner des Koalitionsrechts und die Arbeiter sollten sich durch die Reden der Herren nicht täuschen lassen.

In einer nationalliberalen Wahlversammlung am 7. Januar in Buschhütten warf der christlichsoziale Redner Rippel-Hagen der nationalliberalen Partei obiges vor, worauf dann der nationalliberale Parteisekretär Dr. Hugo-Dortmund antwortete: „Ich verstehe nicht, wie Herr Rippel behaupten kann, die nationalliberale Partei sei gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Herr Lizentiat Mumm ist in Berlin an nationalliberale Abgeordnete herangetreten um materielle Unterstützung und hat auch von den Herren Gelder erhalten zur Erhaltung christlichsozialer Geschäftsstellen. (Zuruf Rippels: „Das ist nicht wahr!") Dr. Hugo: „Herr Rippel, ich bin bereit, Ihnen die Namen der betreffenden Herren nachher mitzuteilen". (Zuruf Rippels: „Herr Doktor, dies ist unmöglich, ich gebe Ihnen 100 Mk., wenn Sie mir nachweisen, daß christlichsoziale Geschäftsstellen mit dem Gelde erhalten wurden".) Dr. Hugo: „Christlichsoziale Gewerkschaftsstellen sind mit dem Gelde unterhalten worden. (Zuruf Rippels: „Ja, Herr Doktor, das ist auch etwas anderes.) Dr. Hugo: Dadurch ist also bewiesen, daß die nationalliberale Partei die christliche Gewerkschaftsrichtung nicht nur anerkennt, sondern auch unterstützt."

Was doch bei einem Wahlkampfe nicht alles ans Tageslicht kommt. Hier haben wir aus dem Munde von Eingeweihten das Eingeständnis, daß die christlichen Gewerkschaften fremde Gelder erhalten. Was sind das für nationalliberale Herren, die den christlichen Gewerkschaften Gelder geben? Das können nur Arbeitgeber sein. Uebrigens hat ja bekanntlich vor einigen Jahren der frühere Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, August Brust, in einer Versammlung in Schaumburg-Lippe zugegeben, daß die christlichen Gewerkschaften auch Zuwendungen aus den Arbeitern fernstehenden Kreisen erhielten.

Im Wahlkreise Siegen sind während des Wahlkampfes weit über dreißig Redner für die christlichsoziale Partei tätig, die aus allen Gegenden Deutschlands zusammengeholt wurden, und das Humorvolle bei der Sache ist, daß die nationalliberale Partei mit demselben Gelde bekämpft wird, welches ihre Parteimitglieder für christliche Gewerkschaften hergaben.

Amerika.

ac. **Die Präsidentschaftswahlen.** Nachdem nun auch das Wahlresultat vom Staate Mechigan bekannt gegeben ist, konnte folgende offizielle Zusammenstellung veröffentlicht werden. Es erhielten die verschiedenen Parteien am 3. November:

Taft, Republikaner	7 637 676	Stimmen,
Bryan, Demokrat	6 395 182	„
Debs, Sozialist-Partei	447 651	„
Chafin, Prohibition	241 252	„
Hisgen, Independ. Partei	83 186	„
Watson, Populist	33 871	„
Gilhaus, Soz. Arbeiterpartei	15 421	„

Total für alle Kandidaten: 14 852 841 Stimmen.

Im Jahre 1904 entfielen auf die sozialistische Partei 402 283 Stimmen. Genosse Debs hat die größte Stimmenzahl in Pennsylvania erhalten und zwar 39 913 Stimmen, Illionis folgt mit 39 711 und dann kommt Newyork mit 38 451 Stimmen. In der veröffentlichten Tabelle ist das soz. Votum in einig[illegible] Staaten bedeutend höher, wie zuerst gemeldet wurde, so hat Debs in Maine 1758 Stimmen bekommen, während er nach dem ersten Bericht nur 1494 erhielt. Illinois wird, wie bereits erwähnt, mit 39 711 Stimmen für Debs angeführt, anstatt 34 711, wie im ersten Bericht angegeben wurde.

Die Zunahme entspricht nicht den Erwartungen unserer amerikanischen Genossen. Zurzeit werden namentlich in der deutsch-amerikanischen Parteipresse Diskussionen gepflogen über die vermeintlichen Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung. Auf diese sehr interessanten Auseinandersetzungen werden wir gelegentlich einmal zurückkommen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 9. Januar.

— **Genosse Wilhelm Lohmann †.** Gestern nachmittag gegen 7 Uhr starb unser Genosse Wilhelm Lohmann in der Anstalt Gibeon am Greisenbrand, von welchem er ganz plötzlich am letzten Montag befallen worden ist, in dem rüstigen Mannesalter von 35 Jahren. Das Nierenleiden, an welchem er seit einem halben Jahre laborierte, ist nicht die Ursache seines Todes gewesen. Wir verlieren in ihm einen Genossen, welcher sein ganzes Leben der modernen Arbeiterbewegung gewidmet hatte. Von dem Augenblick, wo er in das politische Leben eintrat, gehörte er der Sozialdemokratie an und war er für die sozialdemokratische Organisation tätig. Schon mit seinem 21. Lebensjahre war er Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins von Gadderbaum. Damals herrschten noch unter den Genossen Anschauungen, welche Diskussionen darüber herbeiführten, ob man der politischen oder der gewerkschaftlichen Organisation angehören solle. Viele gute Genossen, aber schlechte Musikanten hielten die gewerkschaftliche Organisation für überflüssig, ja schädlich. Es war das auch die Richtung, welche besonders in Gadderbaum vertreten war. Aber nachdem der Verlust des Dürkoppschen Streiks 1896 die Nutzlosigkeit der direkten Aktion klar erwiesen hatte, trat Wilhelm Lohmann am 30. April 1896 in den Deutschen Metallarbeiterverband ein und ist diesem treu geblieben, obgleich es ihm später gelang, durch Gründung eines kleinen Geschäfts zu einer sogenannten gehobenen Lebenslage sich durchzukämpfen, so daß er seine Arbeitskraft dem Unternehmer nicht mehr zu verkaufen brauchte.

Als Gadderbaum im Jahre 1900 in Bielefeld eingemeindet wurde, wurde Lohmann von der dritten Klasse für die 5jährige Uebergangsperiode in unser Stadtparlament gewählt, welchem er bis zu seinem Tode angehörte. Auch dem Agitationskomitee für das östliche Westfalen gehörte er seit 1903 an. Alle die Pflichten, welche er übernommen hatte, hat er auch bis zum letzten Augenblick, wo es ihm noch möglich war, erfüllt, wie er denn überall, wo seine Tätigkeit dem Proletariat von Nutzen sein konnte, immer zu finden war.

Lohmanns Name ist mit der Geschichte der Bielefelder Sozialdemokratie unauflöslich verbunden. Sein Andenken wird von den Proletariern nicht vergessen werden.

Die Beerdigung wird Dienstag nachmittag stattfinden. Das Nähere wird am Montag bekannt gegeben werden.

— **Stadtrat Gustav Bertelsmann** ist in der Nacht zum Freitag nach längerem Leiden im Alter von 75 Jahren gestorben. Er gehörte dem Magistrat seit 1876 an und vertrat in demselben die liberale Richtung.

— **26 Bettler,** von denen 24 sich im hiesigen Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befanden, wurden, wie die hiesigen Zeitungen melden, gestern in der Schöffengerichtssitzung hierselbst abgeurteilt. 21 der Inhaftierten sahen noch am Mittag die goldene Freiheit wieder, da die ihnen zuerkannte Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde, während drei derselben noch auf vier Wochen hinter die bekannten schwedischen Gardinen zurückkehren mußten. Eine solch hohe Anzahl Verurteilungen wegen Bettelns in einer einzigen Schöffengerichtssitzung ist beim hiesigen Gericht noch nicht zu verzeichnen gewesen.

Eine Folge der Arbeitslosigkeit! Was soll ein armer Teufel, der trotz aller Bemühungen keine Arbeit findet, der nichts zu brechen und zu beißen hat, denn anders tun, als betteln gehen? Hunger tut weh. Empörend ist es, daß derartige Leute auch noch bestraft werden. Sie müssen büßen für den Mangel einer Gesellschaftsordnung, von deren Vorteilen sie nichts haben. Viele von den Entlassenen dürften in die „goldene Freiheit" nur mit gemischten Gefühlen zurückkehren. Denn was haben sie dort anderes zu erwarten, als Not und Elend?

— **Das städtische Orchester** veranstaltet am Sonntag nachmittag 4 Uhr das 45. Abonnements-Konzert der Schützengesellschaft auf dem Johannisberg. Vorverkaufskarten haben hierzu Giltigkeit.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute wird „Brüderchen und Schwesterchen" zum vorletzten Male und morgen zum letzten Male gegeben. Heute abend geht „Romeo und Julia" zu kleinen Preisen in Szene. Die erfolgreiche Novität „Die Tür ins Freie" wird morgen abend zum dritten Male gegeben. Montag: „Die versunkene Glocke".

— **Biotophon - Theater.** Von der Direktion wird uns geschrieben: Eine wundervolle Naturaufnahme: „Das blühende Messina vor der Katastrophe", sowie ein tiefergreifendes Bild „Messinas Untergang" gelangt bereits im Biotophon-Theater zur Vorführung. Außerdem ein neues sehenswertes Elite-Programm.

— **Passage-Theater.** Von der Direktion wird uns geschrieben: Unerreicht ist wieder das Programm des Passage-Theaters. Schon am 7. cr. wurde die Erdbebenkatastrophe in Messina gegeben. Außerdem sind als erste Glanznummern ganz besonders hervorzuheben die Dramen Vis-à-vis und Mitleid geht über Gesetz, ferner der große Eisenbahnüberfall. Für den Humor ist ebenfalls gesorgt, so daß jeder Besucher hochbefriedigt das Theater verläßt.

— **Die Gefahren des Schnürens.** Während Aerzte und vernünftige Laien über die Gefahren des Schnürens einig sind, will unsere Frauenwelt, unterstützt von unvernünftigen Schneiderinnen, solche immer noch nicht einsehen. Es ist deshalb von Wert, wenn ihnen immer und immer wieder Fälle vorgeführt werden, wie Dr. Meyer-Westfeld einen solchen in der „Medizin. Klinik" erzählt. Vor der Geburt einer Frau stellte sich nämlich auf der rechten Körperseite neben dem Kinde eine Geschwulst ein, die von dem Darmbein bis zu den Rippen ging und von der Hebamme sogar für ein Zwillingskind gehalten wurde. Die Aerzte waren sich über den Ursprung dieser Erscheinung unklar, bis es sich nach der Entbindung herausstellte, daß es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen ungewöhnlich geformten und ungewöhnlich großen Schnürlappen der Leber handelte, neben dem ein harter, walnußgroßer Knoten als Gallensteinblase erkannt wurde. Natürlich hatte die Frau auch sonst Krankheitserscheinungen aufzuweisen und starb nach zirka 4 Wochen. kfg.

— **Polizeibericht.** Diebstahl. Vor zirka fünf Wochen wurde nachts in der Herforderstraße eine aufgebrochene Sammelbüchse für das Kaiser Friedrich-Denkmal ohne Inhalt aufgefunden. Die Büchse ist gelb lackiert und trägt schwarze Schrift. Da anscheinend Diebstahl vorliegt, werden sachdienliche Mitteilungen von der hiesigen Kriminalabteilung entgegengenommen.

Festgenommen wurden 5 Bettler, 2 Personen wegen Straßenraubes, 2 Personen wegen Trunkenheit, Obdachlosigkeit und groben Unfugs, sowie 1 Person wegen versuchter Abtreibung und Beleidigung. 23 Personen erhielten als Obdachlose Unterkunft im Polizeigefängnis.

Zur Flugblattverbreitung

morgen, **Sonntag, 10. Januar,** wollen sich die Genossen **vollzählig** und **pünktlich** einfinden.

Quelle. Vorm. 9 Uhr bei Wirt Büscher.
Milse. Vorm. 9 Uhr beim Genossen W. B.
Brake. Vorm. 9 Uhr in der Turnhalle.
Uerentrup. Vorm. 8½ Uhr bei Menke.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Die Bevollmächtigten der Ortsgruppen werden daran erinnert, daß bis zum **15. Januar** vom 4. Quartal 1908 abgerechnet werden muß. Der Vorstand.

Versammlungen.

Bielefeld. Soz. Verein. Für die Mitglieder des **3. Bezirks** findet am **Dienstag, 12. Januar,** abends 8½ Uhr, eine Besprechung statt.

Bielefeld. Mittwoch, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Stadt Bielefeld" Allgemeine Versammlung der Parteigenossinnen. Thema: „Frauenschutz — Kinderschutz". Ref.: Genosse Schreck.

Bielefeld. Sonntag, den 10. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Blome, Webereistr. 5. Bauhilfsarbeiter. Außerordentliche General-Versammlung.

Brackwede. Sonnabend, den 9. Januar, abends 8½ Uhr. Soz. Verein. Mitglieder-Versammlung. Thema: „Ist die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterklasse erfolglos? Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse Severing.

Herford. Sonnabend, den 9. Januar, abends 9 Uhr. Soz. Verein. Ortsgruppe Friedenstal. Mitgliederversammlung.

Kirchlengern. Sonntag, 17. Januar, nachmittags 4 Uhr. Konsumverein. Versammlung.

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 7. Bielefeld, Sonnabend, 9. Januar 1909. 20. Jahrg.

Kurzfristige Arbeitsverträge für Dienstboten und Landarbeiter.

Dienstboten und Landarbeiter stehen rechtlich tief unter den Industriearbeitern. Die Bestimmungen der Gesindeordnungen, sowie die verschiedenen landesgesetzlichen Ausnahmebestimmungen spiegeln die Rechtlosigkeit wider. Mitten im modernen, bürgerlichen Leben gelten für sie noch Gesetze, die in einer weit hinter uns liegenden Wirtschafts- und Reichsperiode entstanden sind. So fehlt z. B. den Dienstboten sowie den meisten ländlichen Arbeitern und Arbeiterinnen das Streikrecht, also die Waffe, mit deren Hilfe es ihnen möglich wäre, sich einen höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, kurzum, bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Für die Dienstboten steht außerdem auf den Kontraktbruch noch Strafe, Geld- oder Haftstrafe, abgesehen von dem Schadenersatz, den sie der Herrschaft zu leisten haben. In den alten preußischen Provinzen können die Dienstboten sogar zur Rückkehr an die Arbeit gezwungen werden, sofern die Kündigungsfrist nicht innegehalten wird. Bestimmungen, die in einer Sklavenhalterordnung weit eher passen würden, denn in einem modernen Rechtsstaat.

Zu diesen gesetzlichen Bestimmungen, die gleich wie Ketten die Dienstboten und Landarbeiter fesseln, fügen diese selbst, in ihrer Unwissenheit, noch neue Fesseln hinzu, indem sie langfristige Arbeits- oder Dienstverträge abschließen, oder indem sie gar keine Kündigungsfristen vereinbaren und damit stillschweigend die in den Gesindeordnungen vorgesehenen Kündigungsfristen anerkennen. Für die ländlichen Dienstboten gilt in solchen Fällen der Dienstvertrag in der Regel ein oder mindestens ein halbes Jahr, mit vierteljährlicher Kündigungsfrist. Auch einige städtische Gesindeordnungen enthalten dieselben Bestimmungen, die in Kraft treten, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird.

Alle Dienstboten sollten deshalb ausdrücklich die Kündigungsfristen vereinbaren, die sie wünschen, immer, aber recht kurze Fristen, von 14 Tagen oder 4 Wochen. Am besten ist es schon, daß sie bei Annahme einer neuen Stelle diese Vereinbarungen schriftlich mit der neuen Herrschaft abmachen, also einen richtigen Dienstvertrag abschließen. In diesem Vertrage kann z. B. festgelegt werden, welche Arbeiten der Dienstbote übernimmt, welcher Lohn vereinbart ist, daß der Lohn monatlich zu zahlen ist und daß die Kündigungsfrist 14 Tage oder 4 Wochen beträgt, für die Dienstboten wie für die Herrschaften. Daß im übrigen die §§ 611 bis 630 des bürgerlichen Gesetzbuches für das Dienstverhältnis maßgebend sind. — Im Interesse der Landarbeiter liegt es, daß sie ebenso verfahren und nicht durch jährliche Kontrakte mit langen Kündigungsfristen sich selbst in die Sklaverei begeben.

Freilich wird bei manchen Landarbeitern, namentlich bei verheirateten, die Not es sein, die sie zwingt, solche Kontrakte abzuschließen. Denn die Arbeitgeber wünschen natürlich „ihre" Arbeiter möglichst fest an der Strippe zu halten. Bei den Landarbeitern wird deshalb schon ziemlich viel Mut und Energie dazu gehören, wollen sie mit den jährlichen Kontrakten und langen Kündigungsfristen aufräumen.

Ganz anders bei den Dienstboten, vor allem bei den ländlichen Dienstboten.

Die Dienstboten sind ledig, also beweglicher und unabhängiger. Sie können, weil allein, ohne Familienangehörige, leichter die Stelle wechseln, leichter weiterziehen, falls sie sich mit einer Herrschaft nicht einigen.

Zudem sind die Dienstboten, städtische und ländliche, sehr knapp. Ihren Wünschen und Forderungen kommen die Herrschaften schon eher entgegen, d. h. wenn sie vor Annahme und Antritt des Dienstes geäußert und erhoben werden.

Ist aber die Kündigungsfrist eine kurze, so kann der Dienst leicht gewechselt werden, falls der Dienstbote sich nicht wohl in demselben fühlt. Vier Wochen oder 14 Tage erträgt jemand schon leichter eine schlechte Kost, schlechte Behausung, schlechte Behandlung, findet er sich schon leichter mit dem Zuviel oder der unangenehmen Art der Arbeit ab, ohne, daß er in Verzweiflung dem Dienst zu entlaufen braucht, seinen Lohn einbüßt und noch Strafe obendrein zu zahlen hat.

Ja noch mehr. Weiß die Herrschaft, daß in 14 Tagen oder 4 Wochen nach erfolgter Kündigung der Dienstbote gehen kann, sofern ihm sein Recht nicht wird, sofern er schlechte, ungenügende Kost erhält, eine unfreundliche, grobe Behandlung erfährt usw., so wird sie sich schon ein wenig danach einrichten, sie wird ihre Dienstboten schon besser behandeln und beköstigen, als dies eventuell geschehen würde, falls lange Kündigungsfristen diese gefesselt halten.

Kurze Kündigungsfristen geben somit den Dienstboten das Gefühl der Beruhigung, der Sicherheit, falls der Dienst schlecht, die Verhältnisse unerträgliche sind.

Kurze Kündigungsfristen sind aber auch ein Erziehungsmittel für Herrschaften, die im anderen Falle vielleicht nur das Arbeitstier in ihren Dienstboten sehen, aber nicht den denkenden, fühlenden Menschen.

Kurze Kündigungsfristen brauchen deshalb doch nicht zum häufigen Stellenwechsel führen. Im Gegenteil. Halten beide, Dienstbote und Herrschaft, sich immer gegenwärtig, daß in vier Wochen der geschlossene Kontrakt gelöst werden kann, so werden sie, wenn sonst sie keine unverträglichen Menschen sind, gewiß nicht jede Kleinigkeit zum Anlaß nehmen, um mit der Kündigung zu drohen oder diese auszusprechen. Ist jedoch das Verhältnis ein unleidliches geworden, dann liegt es vor allem im Interesse der Dienstboten, daß diesem so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird. Deshalb:

Dienstboten vereinbart stets kurze Kündigungsfristen!

An all den Orten, wo bereits Dienstboten-Vereine bestehen, ist es eine wichtige Aufgabe dieser Vereine, im Interesse ihrer Mitglieder, im obigen Sinne bei Abschließung von Dienstverträgen zu wirken. Wo keine Vereine existieren, werden die Arbeitersekretäre sehr gerne bereit sein, den Dienstboten helfend zur Seite zu stehen

Aufgabe unserer Genossinnen und Genossen ist es, die Dienstboten, die doch auch Arbeiterkinder sind, darauf zu verweisen, daß sie es in der Hand haben, durch Vereinbarungen mit den Herrschaften ihre Ketten, die das Gesetz geschmiedet, ein wenig zu lockern.

Sache der Gesamtarbeiterbewegung — an der sich in steigendem Maße auch die Dienstboten beteiligen — ist es, diese Ketten zu brechen durch Beseitigung der Gesindeordnungen und landesgesetzlichen Ausnahmebestimmungen.

Parteinachrichten.

Die Görlitzer Parteigenossen gehen mit dem Plane um, eine eigene Druckerei zur Herstellung ihres Parteiorgans, der „Görlitzer Volkszeitung", zu schaffen. Seit Jahren wird diese bei der Firma Kaden u. Komp. in Dresden und neuerdings in Zittau hergestellt. Wie das Blatt mitteilt, findet am Montag eine Generalversammlung der Arbeiterdruckerei-Genossenschaft statt mit der Tagesordnung: Erwerb eines Grundstückes. Bis jetzt sind 31 280 Mark aufgebracht worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Der gelbe Sumpf. In sechs großen Gewerkschaftsversammlungen nahmen am Dienstag die Berliner Arbeiter zu dem Treiben der Gelben und ihres Lebius Stellung. Selbst die größten Säle reichten kaum aus, um allen Platz zu gewähren, die gekommen waren, um teilzunehmen an der öffentlichen Verurteilung einer schändlichen Verräterei der Arbeitersache. Lebius, der geistige Leiter und geschäftliche Ausbeuter der gelben Bewegung, stand vor der breitesten Oeffentlichkeit am Schandpfahl, und mit ihm jene Elemente aus Arbeiterkreisen, die teils in böser Absicht, teils in kurzsichtiger Verblendung sich von ihren Arbeitsbrüdern getrennt haben, um zum Nutzen der Unternehmer die eigenen Klassengenossen zu bekämpfen. Daß die Enthüllungen der Kulissengeheimnisse des gelben Regisseurs bei den Zuhörern besonderes Aufsehen erregt hätten, kann man gerade nicht sagen. Dieser Mensch ist den klassenbewußten Arbeitern ja kein Unbekannter. In den Versammlungen aber wurde ein geradezu vernichtendes Urteil über diese Arbeiterverräter, Führer wie Verführte, gesprochen. In einigen Versammlungen konnten es sich Anarchisten nicht verkneifen, ihrem Haß gegen Partei und Zentralverbände Ausdruck zu geben. Sie wurden aber glänzend abgeführt. Eine Ueberraschung erwartete die Besucher der Versammlung im Moabiter Gesellschaftshaus. Lebius selbst war erschienen und war bald der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit. Cohen, der Redner des Abends, ließ sich die gute Gelegenheit nicht entgehen, Lebius vor der Versammlung zu kennzeichnen. Lebius bot als Diskussionsredner geradezu ein Bild des Jammers. Unglaublich naives und unzusammenhängendes Zeug produzierte er in seiner Angst. Zu den Briefen selbst sprach er überhaupt nicht; er meinte nur, das sei — Diplomatie! — — Seine vollständig danebengehende Rede löste Gelächter aus, und schließlich wurde Lebius ausgepfiffen. Bemerkenswert war, daß selbst seine Getreuen, die Lebius mitgebracht hatte, nach und nach mit in die Entrüstungsrufe gegen ihren Führer mit einstimmten. Als Cohen bemerkte, nach Kenntnisnahme der Tätigkeit des Herrn Lebius müsse jeder anständige Mensch von Lebius abrücken, wurde dieses buchstäblich von den in der Nähe des Lebius stehenden Arbeitern ausgeführt, so daß Lebius wie ein Geächteter vollständig isoliert dasaß. — Schließlich getraute er sich nicht allein aus dem Saal, so daß Cohen ihn auf seine Bitte hinausbegleiten mußte. Lebius stellte sich also unter den Schutz desselben Cohen, den er im „Bund" „Dresch-Cohen" nannte, desselben Cohen, dem er vorwarf, er habe Kaschemmenbrüder gedungen, um „Gelbe" zu verprügeln. In Ober-Schöneweide, in dessen Riesenbetrieben die Züchtung gelber Vereine ebenfalls betrieben wird, hatte die Erwartung der kritischen Stäupung des gelben Generals große Arbeitermassen zusammengeführt. Der zur Ueberwachung erschienene Gendarmeriewachtmeister durcheilte den Saal und konfiszierte die ominösen gelben Broschüren, die ein Genosse verkaufte. Alle Vorstellungen nützten nichts. Die Broschüre wurde dann auf Beschluß des anwesenden Gewerkschaftskartells unentgeltlich verteilt. Von der bürgerlichen Presse nimmt nur die Stummsche „Post" Herrn Lebius in Schutz. Das ist recht von der „Post".

Der Buchbinderstreik in Aachen umfaßt mehr als drei Viertel der Gesamtarbeiterschaft des Berufs. Bei dem größten Teil der Arbeitenden sind die Forderungen erfüllt. Die Unternehmer erklären, nicht mehr nach Tarif, sondern „nach Leistung" — d. h. nach Willkür! — bezahlen zu wollen. Dabei hat Aachen ohnedies schon den niedrigsten Tarif aller deutschen Großstädte.

„Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!" In der Eitzingerschen Blattgoldfabrik in Nürnberg wurde im vorigen Herbst gestreikt. Dabei betätigte sich der 20jährige Goldschläger Strätz als Arbeitswilliger. Während er eines Tages an einer Straßenbahnhaltestelle auf einen Wagen wartete, überschritt der gerade des Weges kommende streikende Goldschläger F. das Geleise, um in die jenseitige Anlage zu gehen, wo seine Braut auf ihn wartete. Im Vorübergehen rief ihm der Arbeitswillige die bekannte Einladung des Götz von Berlichingen zu. Der Angeredete erwiderte, es falle ihm nicht ein, das zu tun, und wollte weitergehen, aber Strätz zog ein langes Tranchiermesser, das er unter dem Rockärmel versteckt trug, und hieb damit auf F. ein, der die Hand zum Schutz erhob und an dieser eine Anzahl erheblicher Schnittwunden erhielt, die ihn drei Wochen arbeitsunfähig machten. Der Messerheld lief nach vollbrachter Tat davon, drohend das lange Messer schwingend, bis ihn die Polizei festnahm und zur Wache brachte. Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Dort erzählte er eine wahre Räubergeschichte von Verfolgungen, die er wegen seiner Arbeitswilligkeit von den Streikenden zu erdulden gehabt habe, konnte aber für keine einzige seiner Behauptungen den Beweis auch nur anbieten. Er will in Notwehr gehandelt und das Messer nur hingehalten haben, F., der ihn vom Straßenbahnwagen habe herunterziehen wollen, habe dabei in das Messer gegriffen und sich selbst verletzt. Ein an dem Streik gänzlich unbeteiligter Augenzeuge, der mit Strätz auf einen Straßenbahnwagen wartete, bekundete jedoch, es könne keine Rede davon sein, daß Strätz von dem F. von der Straßenbahn heruntergezogen worden sei, denn Strätz habe den Wagen gar nicht betreten. F. habe sich um den Strätz nicht im geringsten gekümmert, bis dieser ihn angerempelt habe, der dann ohne weiteres mit dem Messer auf ihn eingedrungen sei. Die übrigen Zeugen bestätigten die Darstellung. Der Amtsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte lediglich auf 10 Mk. Geldstrafe wegen verbotenen Waffentragens, wegen der Körperverletzung dagegen auf Freisprechung. In der Begründung heißt es, das Gericht halte zwar alle Zeugen für glaubwürdig, auch dem F. werde ohne weiteres geglaubt, daß er an eine Bedrohung des Strätz gar nicht gedacht habe. Andererseits sei auch dem Strätz zu glauben, daß er sich durch den plötzlich daherkommenden F. bedroht glaubte, deshalb sei Notwehr anzunehmen. — Hierdurch wären Streikende Streikbrechern gegenüber tatsächlich vogel-

Fußhygiene und Fußbekleidung im Winter.

Von Dr. med. Wilh. Kühn, Leipzig.

(Nachdruck verboten.)

Merkwürdigerweise hegen die Menschen im großen und ganzen die Ansicht, daß eine rationelle Körperpflege nur im Sommer nötig sei. Infolgedessen vernachlässigen sie eine solche im Winter, und es ist sogar kürzlich ein amerikanischer Arzt aufgetaucht, der die Behauptung aufstellt, man dürfe die Schmutzschicht, die sich auf der Haut aus den verschiedensten Bestandteilen bildet, im Winter nicht entfernen, weil sie als Schutz gegen die Kälte wirke. Zum guten Glück stehen unsere Gesundheitslehrer heute auf einem anderen Standpunkt, denn wir wissen, daß die Pflege des Hautorgans zur Anregung und Erhöhung des menschlichen Stoffwechsels und damit zur Entlastung der inneren Organe nötig ist. Nur ein Teil des Körpers wird immer noch stiefmütterlich behandelt, und das sind die Füße.

Im Sommer, wenn man weite Fußwanderungen unternimmt, mahnen die Füße von selbst ihren Besitzer, daß sie einer regelrechten Pflege bedürfen und daß sie ihre Pflichten nur dann genügend ausüben können, wenn sie nicht nur eine zweckmäßige Bekleidung erhalten, sondern auch reinlich gehalten werden. Viele Menschen wagen sich ohne Zweifel deshalb im Winter weniger ins Freie, weil sie nach irgend einer Seite hin Fußbeschwerden haben. Wenn ein Arzt zu Spaziergängen im Winter ermahnt und dabei auf Widerstand stößt, so soll er sich sofort danach erkundigen, ob die Betreffenden auch im Winter tägliche Waschungen der Füße mit Wasser und Seife und von Zeit zu Zeit wiederholte Abreibungen der Fußsohle mit Spiritus, der die fettigen Ablagerungen besser wegnimmt als Wasser, machen. Ein Hauptgrund für diese Vernachlässigung liegt darin, daß man im Sommer ohne Unbequemlichkeit gleich nach dem Aufstehen ein kaltes Fußbad nehmen kann, während solches im Winter bei der Kälte unangenehm ist und auch zu Erkältungen führen kann. Sobald man sich aber daran gewöhnt, zu warten, bis das Zimmer warm ist, wird man diesen Uebelständen entgehen.

Werden die Menschen schon von Jugend an an diese Reinlichkeit gewöhnt, so haben sie einmal den Vorteil, daß sie durch die damit verbundene Abhärtung der Haut den schädlichen Einflüssen der Erkältung gegenüber geschützt werden, sowie weiter den, daß nicht eine Entartung der Fußhaut eintritt, die während der Soldatenzeit bei größeren Märschen, und infolgedessen auch im Kriege, die Ursache der sogenannten Fußkrankheit wird.

Es gibt ein altes Sprichwort, das eine gewisse Wahrheit in sich birgt. Es heißt:

„Kopf kalt, Füße warm,
Machen den besten Doktor arm!"

In der Tat ist es eine Eigentümlichkeit des menschlichen Körpers, daß sich der Einfluß der Kälte nicht nur auf den davon betroffenen Teil beschränkt, sondern daß auch ganz entfernt liegende Gebiete, wahrscheinlich durch nervöse Einflüsse, in Mitleidenschaft gezogen werden. Daraus geht hervor, wie sehr wir gerade im Winter darauf bedacht sein müssen, unsere Füße warm zu erhalten, wobei die Fußbekleidung eine große Rolle spielt. Es ist ein hartes, aber wahres Wort, was Fr. F. A. Schmidt (Unser Körper) ausspricht, daß an unseren landwirtschaftlichen und tierärztlichen Schulen Vorlesungen und Kurse über den richtigen Hufbeschlag der Pferde gehalten werden, daß aber die Bekleidung des menschlichen Körpers handwerksmäßigem Schlendrian überlassen, ja was noch schlimmer ist, der Mode unterworfen ist. Das bezieht sich nicht nur auf das Schuhwerk, sondern auch auf die Strümpfe. Bleiben wir einmal bei dem ersteren stehen, so wird dadurch bei der fabrikmäßigen Herstellung, wie sie mit geringen Ausnahmen noch immer gebräuchlich ist, sowohl die Erwerbung eines mehr oder minder erheblichen Plattfußes mit seinen Beschwerden begünstigt, dann aber auch eine Fußverkrüppelung, weil die große Zehe und damit die anderen Zehen verschoben werden. Für den Winter sind diese Umstände deshalb von besonderem Nachteil, weil sich an den Stellen, an denen durch unvorteilhaftes Schuhwerk der Blutkreislauf in den Hautgefäßen gestört wird, bei der Einwirkung der Kälte leicht Frostbeulen bilden, die sogar geschwürig zerfallen können. Leider sind dabei auch die Strümpfe nicht ganz unbeteiligt, wenn sie dem Fuße zu fest anliegen.

Alle diese Verhältnisse spielen im Winter bei nassen und kalten Füßen eine große Rolle mit. Am schlechtesten hat es dabei unsere Schuljugend, wenn sie bei Schneewetter mehrmals am Tage einen oft nicht unbedeutenden Schulweg zurückzulegen hat. Es ist daher wohl berechtigt, wenn menschenfreundliche Bestrebungen dahin zielen, daß den Kindern Gelegenheit gegeben wird, Stiefel und Strümpfe vor Beginn des Unterrichts zu wechseln, und das gleiche sollte auch bei der Rückkehr nach Hause geschehen. Es ist nämlich wenig bekannt, daß das Leder, so fest es auch erscheint, bedeutende Mengen Luft einschließt. So können z. B. im Sohlenleder, solange es nicht durch besondere Präparationsmethoden künstlich luftfrei gemacht wird, noch 42 Prozent Luft vorhanden sein, die man durch heiße Oele oder Präparate zu verdrängen sucht. Man wird es daher verstehen, daß das Verhalten der verschiedenen Ledersorten in bezug auf kalte und nasse Füße im Winter von dem verschiedenen Luftgehalt und der verschiedenen Dichte abhängig ist, wobei das starke Rindsleder verhältnismäßig am meisten Wärme durchläßt. Selbstverständlich wird dieses Leitungsvermögen des Leders noch erhöht, je mehr es hygroskopisch ist, d. h. je mehr es Wasser aufnehmen kann, denn dann muß sich der Fuß schneller kühlen. Bei der Fußbekleidung liegen die Dinge im Winter deshalb ganz besonders ungünstig, weil die Luft im Schuhwerk an und für sich schon die feuchteste ist, die sich in unserer ganzen Kleidung findet, und das rührt daher, weil die Hautabsonderung gerade hier in Form von Schweiß einen sehr hohen Grad erreicht. Wollene Strümpfe sind daher in der kalten Jahreszeit vorzuziehen, weil sie ihn nicht zurückhalten, sondern nach außen wandern lassen, woraus sich die Notwendigkeit des Wechselns dieses Bekleidungsstückes am Tage und die schon vorhin geforderte Reinlichkeit von selbst ergibt.

Selbstverständlich wird man darauf achten müssen, und das gilt namentlich für solche Leute, die dem Wintersport huldigen, daß das Schuhwerk nicht nur der anatomischen Beschaffenheit der Füße entspricht, sondern auch kräftige Sohlen und kräftiges Oberleder hat und dicht hält, sodaß keine Stellen zum direkten Eintritt von Schneewasser und Feuchtigkeit vorhanden sind. Damit der Strumpf trocken bleibt und die Verdunstung nicht unmittelbar am Fuß entstehen kann, benutzt man Einlagen aus verschiedenen Stoffen. Viel verbreitet sind die von Dr. Zülch erfundenen Löschpapiersohlen, die der besseren Haltbarkeit wegen auf beiden Seiten mit einer Gazelage versehen sind. Eine dünne Roßhaarsohle soll ein rasches Verdunsten der von dem Fließpapier aufgesogenen Flüssigkeit des Fußes bewirken. Auch das Seidenpapier wird in letzter Zeit gegen kalte Füße verwendet, und zwar vorzüglich das japanische Seidenpapier. Neben einer dreifachen Schicht über der zum Schutze gegen Feuchtigkeit eingelegten Kork- oder Linoleumsohle umwindet man jede einzelne Zehe zwei- bis dreimal mit 4—6 Zentimeter breitem Streifen und legt das überstehende Papier an der Zehenspitze um. — Ueberall da, wo man im Winter keine weiten Wege zu machen hat oder solche nicht machen will, haben sich die Gummiüberschuhe als sehr gutes Schutzmittel gegen Nässe und Kälte bewährt. Allerdings hindern sie ja bis zu einem gewissen Grade die Ausdünstung der Füße. Das spielt aber keine große Rolle, wenn man die Vorsicht beachtet, sie während des Aufenthalts in den Zimmern auszuziehen, was allerdings leider manchmal aus Bequemlichkeitsgründen versäumt wird.

Wir bewahren uns unsere Kinder vor gesundheitlichen Nachteilen, wenn wir die gegebenen Winke beherzigen.

Kleines Feuilleton.

ssc. **Die Blinden in der Bevölkerung.** Als das schrecklichste körperliche Schicksal erscheint wohl den meisten Menschen die Erblindung. Erfreulicherweise gelingt es der fortschreitenden medizinischen Wissenschaft, die Zahl der von diesem Unglück Betroffenen immer mehr zu vermindern. Bei den Volkszählungen wurden, wie wir dem Handwörterbuch für Staatswissenschaften (3. Auflage) entnehmen, in Preußen festgestellt:

frei. Ein solcher Held braucht sich nur von einem des Weges kommenden Streikenden bedroht zu „glauben", und kann ihn straflos niederstechen. Welcher Qualität dieses nützliche Element ist, geht aus der Mitteilung des Amtsanwalts hervor, daß Sträß als Rekrut eingezogen war, aber wieder entlassen wurde, weil eine ganze Anzahl Anklagen gegen ihn schweben. Unter diesen Anklagen ist auch eine, nach der Sträß das bei dieser Tat benützte Tranchiermesser gestohlen hat!

Holzarbeiter-Aussperrung. Die Holzbearbeitungsfabrik von Albers und von Drahten-Meldorf in Holstein hat sämtliche Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter ausgesperrt. Am 1. Januar war der zwischen den Arbeitern und der Firma abgeschlossene Tarif abgelaufen. Die Firma legte einen neuen Tarif vor, der für alle Arbeiter einen Lohnausfall von 1,20 Mk. pro Woche und für die ledigen Arbeiter eine Herabsetzung des Aufschlages für auswärtige Arbeit von 2,50 Mk. auf 1,50 Mk. täglich brachte. Da die Arbeiter den Tarif ablehnten, erfolgte die Aussperrung. Betroffen wurden 35 Mann, von denen einige 10, 15 bis 20 Jahre bei der Firma arbeiteten.

Ausstand. In der Färberei von Kallinich in Hainsberg bei Dresden ist wegen Maßregelung von Arbeitern ein Ausstand ausgebrochen. Zirka 100 Arbeiter und Arbeiterinnen legten die Arbeit nieder. Die Streikenden sind im Textilarbeiterverband organisiert. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Arbeiter der Schuhfabrik Wolf in Mainz sind wegen Lohnabzug in Höhe von 37 Prozent in einen Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Vereinigung der polnischen Berufsverbände. Nachdem vor etwa vier Monaten der „Polnische Berufsverband" in Posen mit der „Polnischen Berufsvereinigung" in Bochum verschmolzen wurde, sind jetzt — wie die national-polnischen Blätter mitteilen — Unterhandlungen im Gange, um die Vereinigung mit dem Beuthener „Verband zur gegenseitigen Hilfe" zustande zu bringen. Zu diesem Zwecke weilt zurzeit der Vorsitzende der „Polnischen Berufsvereinigung", Sosinski, in Oberschlesien. Der Posener „Goniec Wielkopolski" behauptet sogar, daß die Vereinigung als vollzogen gelten kann, auf Grund welcher Bedingungen, das wird nicht erwähnt. Sollte die Vereinigung tatsächlich perfekt sein, dann hätten wir in Deutschland einen großen polnischen Berufsverband, der etwa 60 000 polnische organisierte Arbeiter umfaßt.

Ein Bürgermeister als Streikbrechervermittler. Seit fünf Monaten streiken die Arbeiter der Feilenwerke der Firma K. Klein in Lindlar (Bezirk Köln), weil sie sich gegen eine weitere Kürzung der ohnedies erbärmlichen Löhne sträuben. Es fiel kürzlich schon auf, daß die Firma in ihren Streikbrechergesuchen inserierte: Für hinreichenden Schutz der Arbeitswilligen wird behördlicherseits gesorgt. Wie nun das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes berichtet, hat der Bürgermeister des Ortes einen Arbeiter durch eine amtliche Vorladung zu sich bestellt, um ihn zu veranlassen, bei der Firma Klein in Arbeit zu treten, für genügenden Schutz werde er sorgen; er möge zum Wachtmeister gehen und diesem erklären, daß er Montag anfange. Ferner hat der Bürgermeister mehreren, bei Gemeindearbeiten tätigen Leuten gekündigt, die früher einmal in der Feilenfabrik beschäftigt waren. Er erklärte den Arbeitern gerade heraus, der Firmeninhaberin versprochen zu haben, daß er ihr die entbehrlichen Gemeindearbeiter abtreten werde.

Helden.

In der Zeitschrift „Biloje" gibt ein Augenzeuge, der bekannte russische Kriegsberichterstatter Kupschinsky, eine Schilderung der Heldentaten der russischen Großfürsten im Kriege. Es ist ein hübscher Beitrag zu dem Kapitel von den „Edelsten der Nation", der um so mehr Interesse erwecken dürfte, als Großfürst Kyrill, der Gerettete vom „Petropawlowsk", einen Heldenruhm genoß, der nur noch vom Helden Stössel eine Zeit lang ihm strittig gemacht werden konnte. Hören wir nun den Augenzeugen, wie Helden sind und wie sie gemacht werden.

Als an dem verhängnisvollen Morgen des Untergangs des „Petropawlowsk" die Flotte ins Meer stach, befand sich Kiryll bekanntlich auf dem „Petropawlowsk". Boris war auf einem der Forts und sah durch das Fernrohr. Als das Flaggschiff durch die furchtbare Sprengung nach oben geworfen, gleichsam in zwei Teile zerfiel und in einer Säule von Wasser, Dampf, Feuer und schwarzem Rauch verschwand, schrie Boris auf dem Fort auf, warf das Fernrohr weg und lief nach unten ohne zu wissen, weshalb.

Man holte ihn ein und überredete ihn, ein Pferd zu besteigen.

— Nach Rußland, nach Rußland, alles ist verloren! — schrie er zu seiner Begleitung, und eilte im Galopp durch die Stadt zum Bahnhof.

Am gleichen Morgen verfügte General Stössel plötzlich meine Verhaftung und forderte meine Abreise nach Liaojang.

Ich fuhr zum Bahnhof in Begleitung von zwei Gendarmen, die von Stössel den Auftrag hatten, „zu sehen, wie ich in den Zug steige und wegfahre". Auf dem Bahnhof traf ich viele Gendarmen und Soldaten, die das Publikum vom Zug zurückhielten.

Auf dem Perron schreiend und schimpfend, ging ein junger Offizier der Kavallerie, ausgesucht fein gekleidet, äußerst sauber, mit geckenhaft gestriegeltem Schnurrbart, mit klirrenden Sporen — das war Boris.

Die Hände in die Taschen gesteckt, schimpfte er mit groben Worten über das Dienstpersonal der Eisenbahn, stampfte mit den Füßen und schrie.

Die Beamten und Bediensteten drängten sich ehrfurchtsvoll zur Seite, die entgegengesetzt war jener, wo friedlich schwatzend und rauchend die Kameraden und Zechgenossen unseres Boris standen, ebenso wie er geschniegelte und gewichste Offiziere.

— Teufel auch, was ist denn das!" — wütete Boris, „ich will nach Rußland, und ihr könnt mir keinen Zug geben! Ich fordere sofort den Zug!"

— Ew. Hoheit! — stammelte salutierend mit zitternden Händen die durch die großfürstliche Schimpferei erschreckten Bediensteten. Wir können nichts machen, wir haben in diesem Augenblick keine Lokomotive frei, warten Sie nur noch eine halbe Stunde, der Zug wird bereitgestellt."

Doch Boris wollte nicht Ruhe geben. Er stampfte mit den Füßen, wütete, schimpfte, nannte alle — Schurken, Verräter, Schwindler, drohte, spuckte, weinte j ar, und erklärte schließlich, er werde den Eisenbahndamm entlang zu Fuß laufen.

Man redete ihm zu, riet ihm mit großer Ehrfurcht, sich zu beruhigen und etwas zu warten, er ging aber doch.

Die Bediensteten konnten ein Lächeln nicht zurückhalten, als sie sahen, wie er am Eisenbahndamm von der Station wegmarschierte. Seine „Suite" folgte ihm verlegen in einiger Entfernung.

Schließlich kam am Bahnhof die Nachricht per Telephon an, daß Großfürst Kyrill, den man für verloren hielt, am Leben sei, daß Matrosen ihn aus dem Wasser gezogen hätten und daß man ihn in einer Equipage zum Bahnhofe schicke. Es wurde befohlen, sofort einen Zug bereitzustellen und den erschütterten Kyrill nach Liaojang und dann nach Rußland zu bringen.

Man lief Boris nach, teilte ihm die Nachricht mit und bat ihn, zurückzukehren, um in dem gleichen Zug mit dem Bruder abzureisen.

Boris antwortete nichts, machte schroff Kehrt und ging zurück zur Station.

Ich stand am Eingang, als er schimpfend ins Telegraphenamt trat und in meiner Gegenwart ein Telegramm voll höchster Verzweiflung verfaßte.

Er schrieb dem Zaren ungefähr so: „Rußland ist verloren, Port Arthur geht verloren, Petropawlowsk ist verloren, Makaroff verloren, Bruder verloren, aber aus dem Wasser gerettet, schwerverwundet." Dann fügte er noch etwas zu betreffend Verräter und den Zug.

Mit seiner „Suite" war er wie auf gespanntem Fuße; sie stand gleichsam beschämt und seltsam still, wie früher zur Seite.

In das Zimmer trat rasch ein Offizier und erklärte, daß man soeben verwundet Seine Hoheit brachte.

Boris begann mit den Fäusten auf den Tisch zu klopfen.

— „Also den Zug, den Zug schneller, ihr Schurken, sonst mache ich alles und jeden zu nichts" . . . und er ging auf den Perron, ohne auch nur die geringste Freude angesichts des geretteten Bruders, den die Matrosen auf den Armen trugen, zu äußern . . .

Kyrill war so erschreckt, daß er nicht sprechen konnte. Man trug ihn direkt in den Wagen und legte ihn ins Bett; er stöhnte und meinte, offenbar infolge der starken moralischen Erschütterung, denn verletzt war er nicht im geringsten.

Matrosen zogen ihn aus dem Wasser, indem sie ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten, denn er schrie, als er ins Wasser fiel:

— Ich bin der Großfürst, der Großfürst, rettet mich, man wird euch viel bezahlen!

In meiner Gegenwart kamen zum Zug Matrosen, naß, versengt, mit chirurgischen Verbänden — und fragten schüchtern, indem sie zufällig an mich herantraten:

— Wissen Sie vielleicht, Ew. Wohlgeboren, wo hier der Großfürst ist, er hat uns versprochen, uns für seine Rettung zu bezahlen; wir möchten ihn sehen, denn, wenn er wegfährt, nachher vergißt er es . . .

Offiziere brachten sie zu Kyrill; sie kamen von ihm mit verweinten Gesichtern.

Ich mußte mit dem gleichen Zuge fahren. Die Gendarmen gaben acht, ob ich wegreise.

Der Zug hielt noch immer. Kyrill schrieb immer neue und neue Telegramme. Aus den Fenstern der Wagen hörte man den Streit der „allerhöchsten" Brüder, die unerwartet in eine so peinliche Geschichte hineingerieten.

Nach allen Enden flogen Kyrills Telegramme, daß er schwer verwundet sei, bewußtlos liege usw.

Der Ruf übertrieb noch diese Nachrichten, und so kam es im allgemeinen, daß in Liaojang, Mugden und in den weiteren Orten zu dem fürstlichen Zuge beinahe Triumphprozessionen der Stabsoffiziere kamen, den „allerhöchsten Helden" zu begrüßen.

Untertänigste Reden wurden gehalten, in denen die Bewunderung vor der Tapferkeit, dem Mut, der Seelengröße des Großfürsten geäußert wurden, den zum Nutzen Rußlands die barmherzige Hand des Allmächtigen gerettet hatte.

Kyrill und Boris hörten zu, am Fenster stehend, nahmen als gebührend hin den Triumph, die üppige Schmeichelei und die Liebenswürdigkeiten der Offiziere, dankten und fuhren weiter.

Unterwegs erholte sich Kyrill vollständig und kam nach Petersburg gesund und munter."

Das Erdbeben in Süd-Italien.

Vom Chaos der Bureaukratie in Messina entwirft Belcredo vom „Messaggero" ein schauerliches Bild. Der Ministerpräsident Giolitti habe alle Vorkehrungen getroffen, aber den Fehler begangen, zu viele Chefs zu schicken. Die Folge sei höchste Konfusion. Die Boote der Kriegsschiffe konnten zur Rettungsaktion nicht benutzt werden, weil Gegenbefehl gebracht wurde. Alles war an Bord vorhanden: Wasser, Brot, Arbeitswerkzeuge, aber sie wurden nicht verteilt, und da Hafenpolizei mangelte, mußten die Kriegsschiffe zu weit vom Lande ankern. Der Dampfer „Duca di Genova", der wegen seiner Neuheit vorzüglich zum Hospitalschiffe geeignet gewesen wäre, wurde vom Oberkommandanten zum Generalquartier erkoren, anstatt daß dieser aufs Land unter eine Baracke ging; freilich, in der Baracke wäre vielleicht eine gute Verpflegung unmöglich, die das Generalquartier derart bekümmerte, daß zwei Stunden verloren gingen mit der Festsetzung der Tischordnung. Während unterdessen die Soldaten am Lande laut darüber klagten, daß sie zur Untätigkeit verurteilt waren und das Brot auf den Schiffen schimmelte, wies man das Angebot eines fremden, mit Lebensmitteln beladenen Dampfers zurück, der selbst die Ausschiffung der Güter besorgen wollte. Die Einsetzung eines bürgerlichen Diktators wäre notwendig, der über den Rivalitäten einzelner Waffengattungen stünde. Und aus Palermo läßt sich das „Berliner Tageblatt" melden: In schärfster Weise erhebt die sizilianische Presse Anklagen gegen den General Mazza, den Höchstkommandierenden Siziliens, der in Messina seit dem Tage der Katastrophe das Regiment führt. Es wird ihm der schwere Vorwurf gemacht, daß er das Rettungswerk direkt gehindert habe. Denn anstatt Tausende von Helfern von allen Seiten zusammenzurufen, habe der General Messina sofort hermetisch verschlossen. Dadurch seien zahllose Menschen unter den Trümmern umgekommen, die sonst gerettet worden wären. Die Fürsorge für die Wertobjekte sei größer gewesen als diejenige für die Menschen. Um zu hindern, daß Diebstähle vorkämen, habe der General die Menschenmenge zurückgehalten, die die Verschütteten ausgraben und die Verwundeten transportieren wollte. Der General habe auf dem Kriegsschiff Wohnung genommen, anstatt für die Verwundeten zu sorgen. Er habe hauptsächlich die herumstreichenden Hunde abschießen lassen und auf Diebe fahnden lassen, anstatt den lebendig Begrabenen zu helfen. Diese Mitteilungen bewirkten große Erregung. Zwar ist die Behauptung der hiesigen Zeitung „Rigoletto", daß unter den Trümmern wegen Mangels an Hilfe allmählich ebenso viele umgekommen seien wie durch das Erdbeben selbst, natürlich unerweisbar, aber daß die hermetische Absperrung verhängnisvoll war, ist die allgemeine Ansicht. Heute bringt die hiesige Zeitung „Lora" über zweihundert Annoncen, in denen Familien aus ganz Italien, der Schweiz, Frankreich und Griechenland Auskunft erbitten über vermißte Verwandte. Aber wenige werden eine Antwort erhalten, denn die Vermißten liegen wohl fast alle unter Messinas Trümmern.

Monteleone, 8. Jan. In Monteleone erfolgte gestern abend ein Erdstoß, der ein altes Haus umwarf und eine große Panik verursachte. Die Bewohner eilten auf die Straße und übernachteten zum großen Teil im Freien. Palmi ist zu einem Drittel beschädigt und geräumt.

Neapel, 8. Jan. Eine Dampfschaluppe im Hafen von Neapel stieß mit großer Gewalt mit dem Spitalschiff „Samina" zusammen. Die Herzogin Zertonia stürzte ins Wasser und wäre beinahe ertrunken. Ein Matrose sprang ihr ins Wasser nach und rettete sie. Der dänische Kreuzer „Heindal" landete mit Lebensmitteln und Decken in Canntello. Die deutsche Fregatte „Hertha" hat ebenfalls Lebensmittel in größeren Mengen verteilt.

Rom, 8. Jan. General Mazza hat die Verfügung getroffen, nur denjenigen Personen in Messina Lebensmittel zu überreichen, welche diese an Bord des Kriegsschiffes abholen. Hier werden sie zurückgehalten, wenn sie darauf bestehen, in Messina zu bleiben. Es wird ihnen bekannt gemacht, daß sie keine weiteren Lebensmittel zugeteilt werden. Morgen verlassen alle fremden Schiffe Messina.

Mailand, 9. Jan. Der Korrespondent des „Corriera" telegraphiert aus Messina: Trotz des strengen Standrechts hören die Plünderer noch immer nicht auf, ihr schändliches Handwerk zu betreiben. Während der vorletzten Nacht sind zwei derselben durch Flintenschüsse getötet worden, während sie im Begriff standen, einen Goldwarenladen auszurauben, ein anderer wurde niedergemacht, als er einer Leiche die Finger abschneiden wollte, um die Ringe an sich zu nehmen. Mehr als 200 Plünderer sind verhaftet worden und werden vor ein Kriegsgericht gestellt

Jahr	Blinde überhaupt			auf je 10 000 Einw.		
1871	22 978	(11 066 männl.	11 912 weibl.)	9,3	(9,1 männl.	9,5 weibl.)
1880	22 677	(11 343 „	11 334 „)	8,3	(8,5 „	8,2 „)
1895	21 442	(11 238 „	10 204 „)	6,0	(7,2 „	6,3 „)
1900	21 571	(11 168 „	10 403 „)	6,3	(6,6 „	6,0 „)
1905	21 019	(10 979 „	10 040 „)	5,6	(6,0 „	5,3 „)

Die Abnahme der Blinden ist demnach unverkennbar. Dasselbe Bild zeigt die Statistik des ganzen Reiches und der anderen Länder. So sank im Deutschen Reiche die Blindenziffer im Zeitraum 1871—1900 von 8,8 auf 6,1, in England von 9,8 auf 7,9, in Oesterreich von 8,3 auf 5,4, in der Schweiz von 7,6 auf 7,2 und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von 9,7 auf 8,5. Die niedrigste Blindenziffer hat demnach gegenwärtig Oesterreich, die höchste die Vereinigten Staaten von Nordamerika; doch sind in letztgenanntem Lande von der angegebenen Verhältniszisser nur 4,7 vollständig, dagegen 3,8 nur partiell erblindet.

Unter den Ursachen, die zur Abnahme der Erblindung geführt haben, ist in erster Linie zu nennen die Einschränkung der gefürchteten Augenkrankheit der Neugeborenen, die in den meisten Fällen die Ursache der sogenannten „angeborenen Blindheit" bildet und die bekanntlich durch Uebertragung von Trippersekret auf die Augen des Kindes beim Geburtsvorgange entsteht. Ferner die Einführung der Schutzpockenimpfung, durch die diese schreckliche Krankheit, deren Folge sehr häufig Erblindung ist, fast zum Aussterben gebracht wurde. Sodann die antiseptische Wundbehandlung, die Möglichkeit schmerzloser Operationen, die Entfernung von Eisensplittern aus dem Innern des Auges durch Magnete usw.

Die Verteilung der Blinden auf die verschiedenen Altersstufen ist aus folgender Tabelle ersichtlich. Im Jahre 1905 kamen auf je 10 000 Lebende in Preußen in den

Altersklassen	Blinde männlich	Blinde weiblich
bis 5 Jahre	0,8	0,7
über 5 bis 10 Jahre	1,4	0,0
„ 10 „ 15 „	2,4	1,8
„ 15 „ 20 „	3,1	2,1
„ 20 „ 30 „	3,3	2,3
„ 30 „ 40 „	4,5	3,4
„ 40 „ 50 „	8,0	5,3
„ 50 „ 60 „	12,8	9,0
„ 60 „ 70 „	21,5	18,3
„ 70 Jahre	54,6	55,9

Von Interesse ist noch, zu erfahren, daß ein blinder Mann häufiger eine Frau bekommt, als ein blindes Mädchen einen Mann. Von 10 000 männlichen verheirateten Personen waren nämlich 1905 in Preußen 6,7 blind, von 10 000 weiblichen dagegen nur 3,0.

Ist Krebs ansteckend? Diese Frage wird von Prof. Dr. von Hansemann in einem von der „Umschau" veröffentlichten Aufsatz verneint. Der Berliner Gelehrte führt u. a. aus: Man hat sich zu der Annahme, daß der Krebs ansteckend sei, dadurch verleiten lassen, daß behauptet wurde, die Krebskrankheiten nähmen in neuerer Zeit fortwährend in hohem Maße zu. In der Tat, wenn man Statistiken aus früherer Zeit, etwa vor zwanzig, dreißig Jahren, fortlaufend, bis in die neueste Zeit hinein vergleicht, so ergibt sich eine Zunahme, die im ersten Moment geradezu erschreckend ist. Wenn man aber auf den Grund geht, so findet man, daß die Statistiken der neueren Zeit in bezug auf den Krebs nicht einen Vergleich mit denjenigen der früheren Jahrzehnte zulassen. Erstens werden, wenigstens in Deutschland, aber auch in der Mehrzahl der übrigen Länder heutzutage die Totenscheine, nach denen die Statistiken gemacht werden, in anderer Weise ausgefüllt als in früherer Zeit. Sehr viele Fälle, bei denen sich als Todesursache Wassersucht, Herzschwäche, schwere Blutarmut, Darmblutung und Darmverschluß usw. angegeben findet, werden infolge richtiger Erkenntnis der Krankheit heutzutage auf dem Totenschein als Krebs bezeichnet. Dazu kommt, daß unsere Diagnosenstellung überhaupt sehr wesentliche Fortschritte gemacht hat. Das kommt natürlich ganz besonders für diejenigen Krebse in Betracht, die äußerlich nicht sichtbar sind. Die Krebse der äußeren Oberfläche sind auch in früherer Zeit schon richtigt erkannt worden, und die Statistik hat erwiesen, daß die äußeren Krebse durchaus nicht häufiger geworden sind, sondern nur im Verhältnis zum Wachsen der Bevölkerung zugenommen haben. Das häufige Vorkommen von Krebs in einer Familie, in einem Ort, einer Straße ist, wie Prof. Hansemann weiter darlegt, nicht auf Ansteckung zurückzuführen. Er sagt: „In Wirklichkeit kann man mit Sicherheit sagen, es ist noch niemals beobachtet worden, daß die Krebskrankheit durch Ansteckung von einem Menschen auf den anderen überging. Bei allen ansteckenden Krankheiten, besonders auch bei der Tuberkulose, beobachtet man, daß in Krankenhäusern sich Aerzte oder Pflegepersonal trotz aller Vorsicht gelegentlich an den Patienten anstecken. Das ist noch niemals beim Krebs beobachtet worden." Hansemann führt ferner aus, daß in dem vor sieben Jahren gegründeten Zentralkomitee für Krebsforschung heute kaum noch ein Anhänger des Infektionsgedankens sei, und äußert sich dann: „Aus alledem geht hervor, daß bei dem augenblicklichen Stande der Wissenschaft auch nicht die leiseste Veranlassung vorliegt, den Krebs als etwas Ansteckendes zu betrachten. Es ist von größter Wichtigkeit, das aufs energischste zu betonen und möglichst im Publikum zu verbreiten, denn es gibt nichts Schädlicheres für die Volksseele, als die Verbreitung einer Sorge, die unberechtigt ist." — Im Anschluß daran sei noch darauf hingewiesen, daß Dr. E. F. Bashford in „The Lancet" die Frage der Vererbung bei Krebs behandelt. Wie die „Berliner Klinische Wochenschrift" mitteilt, kommt Bashford zu dem Resultat, daß Krebs nicht vererbbar ist. Er weist dies sowohl statistisch als auch experimentell nach. Bei 669 Carcinomkranken, von denen eine genaue Familiengeschichte zu erhalten war, betrug die Zahl der an Krebs gestorbenen Väter 58 = 1 : 11,5 und die der Mütter 114 = 1 : 6.

kfg. **Operative Kunst bei Kinderlähmungen.** Die mit Gehirn (cerebrale) und Rückenmark (spinale) zusammenhängende Kinderlähmung, die eine große Anzahl von blühenden Kindern zu Krüppeln macht, ist ein Krankheitsgebiet, auf welchem im letzten Jahrzehnt mit großem Fleiß und vielem Erfolg seitens der Chirurgen gearbeitet wird. Eine wahrhaft wunderbare Heilung erzählt Dr. Ernst Mayer in Köln a. Rh. in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift". Es handelt sich um einen 30jährigen Mann, der an einer spinalen Kinderlähmung litt und bei dem nur die Beugemuskeln des Knies und einige Fußmuskeln erhalten geblieben waren. Infolgedessen befanden sich die Knie in spitzwinkliger Stellung, und außerdem hatte er Klump- bezw. Plattfuß. Er rutschte auf zwei ledernen Kniestützen mit Hilfe von zwei Stöcken. Durch Ueberpflanzung von Sehnen, wobei eine Verlängerung der in Frage kommenden Sehne des Oberschenkels vorgenommen werden mußte, gelang es Dr. Mayer, sowohl die Zusammenziehungen des Knies als auch den Klump- und Plattfuß zu beseitigen. Wie aus der beigegebenen Abbildung hervorgeht, hatte die Operation den guten Erfolg, daß sich jetzt der Patient aufrecht fortbewegen kann und doppelt so groß geworden ist als früher. Allerdings hat er vorläufig noch Schienenhülsenapparate zu tragen, weil er durch sein fast zwei Zentner schweres Gewicht seine Beine selbst nicht gut belasten konnte. Als Nachbehandlung empfiehlt Mayer das Massieren und Elektrisieren, sowie einen allmählichen Selbstgebrauch der Glieder, während er auf Gymnastik weniger Wert legt, da diese unter Umständen den Erfolg gefährden könnte.

kfg. **Milchdrüsenabsonderung im vorgerückten Alter.** Eine Großmutter im Alter von 49 Jahren mußte die Pflege eines 14tägigen Säuglings übernehmen, weil die Mutter im Wochenbett gestorben war. Das Kind war, wie im „Lancet" berichtet wird, außerordentlich schwach und konnte des Nachts nicht schlafen. Aus diesem Grunde legte es die Großmutter an die Brust und bemerkte bald die beruhigende Wirkung; nach 30—36 Stunden trat aber eine andere höchst wunderbare Erscheinung bei ihr selbst auf. Sie befand sich sehr schlecht, ihre Brüste wurden schmerzhaft, schwollen an und begannen zu ihrem größten Erstaunen Milch abzusondern, so daß sie imstande war, das Kind zu nähren, das sich infolgedessen recht kräftig entwickelte. Der Fall, daß eine Großmutter ihr eigenes Kind und ihr Großkind mit ihrer eigenen Milch aufzieht, dürfte, wie im „Lancet" bemerkt wird, wohl recht selten sein. Die auffällige Tatsache wird von einigen Gelehrten auf den Einfluß einer gewissen Sympathie oder das Hervorrufen von einem mütterlichen Gefühl zurückgeführt, wodurch Organe, die ihre absondernde Tätigkeit aufgegeben haben, solche wieder aufnehmen

werden. Unter den Verhafteten sollen sich ein Unteroffizier und zwei Soldaten befinden.

Rom, 9. Jan. Die Rettungsarbeiten nehmen ihren Fortgang. Soldaten zogen gestern eine junge Mutter mit ihren zwei Kindern hervor; alle drei waren noch lebend und gesund. Von dem bekannten Patologen Prof. Ziocone ist bisher noch keine Spur gefunden worden, doch drang man bis zur Bibliothek vor, wo 280 000 Frank geborgen werden konnten.

Vermischtes.

Selbstmord. Berlin, 8. Jan. Der Berliner Korrespondent der holländischen Zeitung „Nieuwe Amsterdamsche Courant" Jan Marel Kochjza, aus der Rosenheimerstr. 6 wurde heute früh von seiner Aufwärterin in seinem mit Gas angefüllten Wohnzimmer bewußtlos auf dem Sofa liegend aufgefunden. Er war angekleidet, auf dem Tische stand eine geleerte kleine Flasche, die anscheinend Gift enthalten hatte und von dem Lebensmüden ausgetrunken worden war. Nach einstündigen Bemühungen gelang es, den Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen. Aus welchem Grunde Kochjza aus dem Leben scheiden wollte, ist nicht bekannt.

Die Leiche eines verunglückten Luftschiffers gefunden. Hamburg, 8. Jan. Der in der vergangenen Nacht von einer Fischreise nach Geestemünde zurückkehrende Dampfer „Orione" fischte am 6. Januar in der Nordsee die Leiche des am 12. Oktober bei der Ballon-Dauerwettfahrt der internationalen Wettfahrten mit dem Ballon „Hergesell" des oberrheinischen Vereins für Luftschiffahrt verunglückten Leutnants Foertsch auf. Die Leiche wurde auf Grund von Legitimationspapieren, die sie bei sich hatte, rekognosziert; da sie bereits stark in Verwesung übergegangen war, wurde sie in ein Segeltuch geschnürt und über Bord gesetzt.

Ermordet. Stuttgart, 8. Jan. Im Walde bei Siegbach, Oberamt Biebrach, wurde die 25jährige ledige Hebamme Emma Ludwig ermordet aufgefunden. Als Täter ist ein früherer Geliebter des Mädchens, der Brettschneider Anton Hofmeister, verhaftet worden.

Ein ungetreuer Buchhalter. Schierstein, 8. Jan. Wechselfälschungen in Höhe von vielen 10 000 Mark und sonstige Betrügereien hat der Buchhalter Heinrich Hassenlen, gebürtig aus Biebrich, begangen und ist dann mitsamt einer aus Wiesbaden stammenden, einer begüterten Familie angehörenden Frau flüchtig geworden. Die Sache spielt auch nach Biebrich und Wiesbaden über. Die gefälschten Wechsel zirkulieren beim Biebricher Vorschußverein.

Selbstmord. Debeczin, 8. Jan. Der Heldentenor des hiesigen Stadttheaters, Szabo, hat sich wegen unglücklicher Liebe auf offener Straße 2 Revolverschüsse beigebracht. Er wurde sterbend in ein Krankenhaus übergeführt.

Auf dem Eis eingebrochen. Oedenburg, 8. Jan. Ein junger Mann sowie drei Frauen und ein Kind, welche den zugefrorenen Plattensee überschreiten wollten, brachen an einer dünnen Stelle des Eises ein. Alle vier Erwachsenen ertranken, nur das Kind, welches von der Mutter im letzten Augenblick auf das Eis geworfen wurde, konnte gerettet werden.

Feuer in der Schule. Wien, 8. Jan. In einer im Vorort Meidling belegenen Volksschule brach vormittags Feuer aus. Dem besonnenen Vorgehen der Lehrerschaft gelang es, die in der Schule anwesenden 740 Kinder ohne Schaden auf die Straße zu bringen.

Erdbeben. Madrid, 8. Jan. Auf den kanarischen Inseln wird ein erneutes Erdbeben von beträchtlicher Heftigkeit gemeldet. In der Ortschaft Agadte erfolgten zahlreiche Häuserein-stürze. Die Bevölkerung konnte sich rechtzeitig retten.

Großfeuer. Newyork, 8. Jan. Drei gleichzeitige Großfeuer verwüsteten gestern die Geschäftsviertel Bowery und Broadway und richteten überschläglich sieben Millionen Mark Schaden an. Das neue Hochdrucklöschsystem hat sich dabei als wirkungsvoll erwiesen. Ein Menschenverlust ist nicht zu beklagen.

Ein gefährlicher Bandit. Paris, 8. Jan. Der korsische Bandit Santoni hatte am 3. Januar einen Gendarmen erschossen und einen zweiten tödlich verwundet. Gestern begegneten ihm ein Gendarmerieleutnant und ein Gendarm im Busch unweit Bastia, Santoni schoß wieder und verwundete den Leutnant am Auge. Der Gendarm aber konnte ihm mitten in die Stirn eine Revolverkugel jagen, die Santoni tot niederstreckte.

Automatische Leuchtbojen. Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung": Ein kanadischer Ingenieur, Thomas L. Willson mit Namen, hat eine neue Art von Leuchtbojen erfunden, die von der kanadischen Regierung geprüft und für gut befunden worden sind, daß sie überall an der Küste eingeführt werden sollen. Die bisher üblichen Leuchtbojen wurden durch Oelgas gespeist, das unter hohem Druck in einem Reservoir vorhanden war und oft unter Schwierigkeiten an Ort und Stelle gebracht werden mußte. Die Willsonsche Boje erzeugt das Gas selbst. Hierzu dient Kalziumcarbid, von dem ein großer Vorrat im Schwimmkörper der Boje untergebracht werden kann. So fällt natürlich die Gefahr, die unter hohem Druck aufgespeichertes Gas stets in sich birgt, vollständig weg, und als Vorteil kommt, abgesehen von größerer Billigkeit, die große Leuchtkraft des Acetylengases hinzu. Eine kleine Boje, die an der Mündung des Mersey angebracht war, hat sechs Monate lang in Dienst gestanden, ohne daß der Karbidvorrat sich erschöpfte; sie brauchte während der ganzen Zeit keine Bedienung; die Lotsen, die man um Gutachten angegangen hatte, sprechen sich übereinstimmend sehr günstig über das Acetylenlicht aus und geben an, daß man diese Bojen viel früher sichte als Oelgas-Bojen. Die ganz großen Bojen dieser Art sind imstande, Licht von über tausend Kerzenstärken auszusenden. Natürlich ist die Boje mit Sicherheitsvorrichtungen ausgestattet, und wenn sich aus dem Kalziumcarbid eine bestimmte Menge Gas entwickelt hat, verhindert dieses Gas das weitere Eindringen von Wasser, so daß die Gasbildung einstweilen unterbrochen wird. Es ist ferner auch möglich, die Boje als Blinkfeuer auszustatten. Wie „The Worlds Word" angibt, ist nicht nur Kanada im Begriff, diese neue Boje einzuführen, sondern es sind auch Unterhandlungen mit der „Internationalen Marinesignal-Co." im Gange, um die Themsemündung bei Maplin Spit mit Willsonschen Bojen zu befeuern.

Letzte Nachrichten.

Lübeck, 9. Jan. Der Parteisekretär des liberalen Wahlvereins, Kuhn, wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Betruges, Unterschlagung und Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Zum Prozeß Wernsdorf.

Weimar, 9. Jan. Im Beleidigungsprozeß gegen den Schriftsteller Dr. Wernsdorf, der im Jahre 1907 in seiner Broschüre „Blatt 11 der Nachlaßakten, Ein deutsches Kleinstaaten-Idyll, aus den Staaten des Ordens", der gesamten weimarischen Justiz moralische Verlumpung vorgeworfen und verschiedene andere Personen schwerer Verbrechen beschuldigt hat, wurde gestern das Urteil gefällt. Der Angeklagte Freitag wurde freigesprochen, Dr. Wernsdorf wegen öffentlicher Beleidigung in 3 Fällen zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Seifert wurde wegen Beihilfe zur öffentlichen Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Kosten wurden den Angeklagten zur Last gelegt. Allen Beleidigten wird Publikationsbefugnis zuerkannt. Die Exemplare, Platten und Formen der Broschüre sind unbrauchbar zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Einsendungen von Berichten usw. wollen die Genossen nie vergessen, ihren Namen zu unterzeichnen. Anonyme Mitteilungen können wir nicht aufnehmen.

A. W., Bielefeld. Wenn Sie die Wohnung gemietet haben, müssen Sie einziehen oder die Miete bezahlen. Darauf, ob Sie schon einen schriftlichen Kontrakt gehabt haben, kommt es nicht an.

Nach Detmold. Sie sollten uns den Namen des Verfassers, von dem die Besprechung des Urteils stammt, nennen. Wo das Urteil gefällt wurde, geht ja aus diesem selbst hervor.

Gemüse, Saucen,

schwache Suppen usw. erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack mit einigen Tropfen

Kreuzstern **MAGGIs Würze**

Schutzmarke Kreuzstern

nicht mitkochen, erst beim Anrichten beifügen. MAGGIs Würze ist sehr ausgiebig, man verwende stets den Würzesparer.

— Probefläschchen 10 Pfg. — 141



Achtung vor Nachahmungen!

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Betten
kaufen ist eine große Vertrauenssache. Mein Spezial-Betten-Geschäft bietet Ihnen die größten Vorteile. Ich brauche keine Ladenmiete aufzubringen, habe fast keine Unkosten und bin durch Kassa-Einkauf in der Lage, Ihnen die nur denkbar billigsten Preise zu stellen. Jede Mutter deren Tochter heiratet, sollte sich, ehe sie die Betten kauft, überzeugen, wie sie bei mir bedient wird, denn eine bessere und reellere Bezugsquelle gibt es nicht. Betten werden beim Einkauf neuer Inlette umsonst entstäubt, gedämpft, und umgefüllt im Bielefelder Bettenhaus F. Wehmeyer, Viktoriastr. 63. Fernruf 1493. 6395

Ausverkauf! 197*
Wegen Umzug werden Herren- und Damenstiefel, Kinderschnürstiefel, Gummi- und vielerlei Sorten Winterschuhe zu fabelhaft billigen Preisen abgegeben. H. Meyer, Mellerstr. 26.

Bitte
die geehrten Herrschaften bei An- und Verkauf von Grundstücken, Verleihung von Hypotheken, Vermietung, Mieten, Verpachtung mich mit zu berücksichtigen. Görmar, Agent, Kesselstr 30. 142*

Bitte
die geehrten Herrschaften und Prinzipale bei Vakanz für Festlichkeiten, Konzert, Ball, Theater, Restaurant mich mit zu berücksichtigen. Kellner Görmar, Kesselstr. 30. 143*

Sonnenvögel 138*
(chin. Nachtigallen), Papageien usw., hervorragend schöne Exemplare, zu herabgesetzten Preisen wieder vorrätig. Käfige, alle Arten Futter etc. etc. „Zum Naturfreund", Oberwallstr. 21a.

Kanarienhähne
und Weibchen (Stamm Seifert) hat billig abzugeben. Stamm höchstprämiiert. F. Schneider, Gr. Kurfürstenstr, 89, II. 200*

Genossen! 152
Das Bielefelder An- und Verkaufshaus befindet sich Jöllenbeckerstr. 26

Kanarienhähne! 113*
Die Nachzucht von meinem mit goldener Medaille prämiierten Stamm Seifert habe billig abzugeben. F. Dannenhaus, Wittekindstraße 49.

Oefen, 79
vorzüglich erhalten, in den verschiedenen Systemen, emailliert und schwarz, bringe einen großen Posten spottbillig zum Verkauf. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstr. 57

Speisekartoffel,
rote Heidelberger, sehr mehlige Magnum bonum, sehr schöne gelbfleischige Industrie, rote Professor Woltmann und dicke weiße Professor Märker empfiehlt zum billigsten Preise Bernh. Vesting, Burgstraße, Telephon 1241. [112*

Spiegel, 158
enorme Auswahl, 3.00, 4.00, 6.00, 8.00, 10.00 Mk. bei F. Mertens.

Triumphstühle
mit herrlichen Bezügen 9.00, 10.00, 12.00, 14.00, 16.00, 20.00 Mk. bei F. Mertens. 159

Paneele, 160
neueste Muster, 3.00, 4.00, 5.00, 7.00, 9.00, 12.00 Mk. bei F. Mertens.

Frisiertoiletten
in weiß 27.00, 30.00, 35.00 Mark bei F. Mertens. 161

Chaiselongues
mit fester und verstellbarer Lehne, 26.00, 30.00, 35.00, 40.00, 45.00 Mark empfiehlt F. Mertens. 162

Bauerntische 163
kauft man am billigsten bei F. Mertens.

Blumenkrippen
etc. sehr billig bei F. Mertens. 164

Wiener
Schaukelstühle sehr billig bei F. Mertens. 165

Eisenbettstellen,
zusammenklappbar, 5.00, 6.00, 8.00, 10.00, 12.00, 15.00 Mark bei F. Mertens. 166

Sofas,
enorme Auswahl, 35.00, 40.00, 45.00, 50.00, 60.00, 70.00 Mk. bei F. Mertens. Eigene Polsterei. 167

Reformbettstellen,
zerlegbar, 18.00, 20.00, 22,00, 25.00, 30.00, 40 00 Mk. bei F. Mertens. 168

Preis-Skat.
Sonnabend, den 9. Januar 1909: Preis-Skat. Anfang 9 Uhr. Wilh. Pott, Viktoriastraße 65. 180*

Preisskat 124*
Sonntag 5 Uhr. Restaurant Helms.

Preis-Skat
Sonntag, den 10. Januar, Anfang 7 Uhr. Restaurant C. Lütkemeier, Wertherstraße. 169*

Getragene
Herren-, Damen- und Kindergarderobe kaufen Sie spottbillig bei Wörmann, Ravensbergerstraße 6, neben den Fabriken von Gundlach u. Hengstenberg. [145*

Paletots, 6632
Anzüge, zurückgesetzt und gebraucht von 7 Mk. an. Brunnenstr. 12a.

Nähmaschine,
gut erhalten, zu verkaufen. Hohenzollernstr. 10. 148*

Kinderstühlchen 172*
und zweiarmigen Gasleuchter billig zu verkaufen. Bahnhofstr. 27.

Steckrüben,
schöne, gelbe, per Ztr. 1,40 frei Haus. Dröge, Subbrack. 198*

Oberbetten
habe mehrere fast neue mit guter Federfüllung billig abzugeben. Wellmann, Notpfortenstr. 131*

Wäsche 196*
wird sauber gewaschen und geplättet Frau Vollmer, Sieler 23, Nußheide

Wäsche
aller Art wird sauber gewaschen und geplättet. Welle 53. 183*

Wohnungen
von 3 großen Räumen, abgeschlossen, per April zu vermieten. H. Lührmann, Osnabrückerstr. 61. 44*

Wohnung,
3—4 Räume, zu vermieten. Schildesche, Wilhelmstraße 38. 66*

Wohnungen
von 3 Räumen zu vermieten Sieker 278, Nähe Bäcker Wulfhorst. 78*

Wohnung 144*
von 3 und 4 Räumen, auch geteilt, mit Stall und Gartenland zum 1. April billig zu vermieten. Näheres Jöllenbeckerstraße 65 im Laden.

Wohnungen
von 3 und 4 Räumen mit Stallung zum 1. April zu vermieten in Sieker bei Meier zu Hartlage. [171*

Wohnung
von 3 Räumen zu vermieten. Schildescherstraße 69. 201*

Wohnung,
3 und 4 Räume, abgeschlossen, zu vermieten Mellerstraße 59. Nachzufragen Wittekindstraße 59, 1 Etage, 2 Tür rechts. 199

3 Räume
und 1 Scheffelsaat Land zu April zu vermieten. Südbrack, Langestraße 27 bei Gunst. 147*

Logis
frei. Welle 53. [182*

Zimmer,
einfach möbliert, heizbar, mit Morgenkaffee sofort zu vermieten. Weststraße 6, 1. Etage rechts. [181*

Vereinsbibliotheken empfehlen wir unser Lager
sozialistischer und gewerkschaftlicher Literatur
Kataloge gratis und franko.
Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20.

Die Anzeigen in vorliegender Nummer wollen die Leserinnen und Leser der „Volkswacht" beachten! ✱ ✱ ✱ ✱ ✱ ✱ ✱

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem herben Verlust meines Mannes, für die vielen Kranzspenden sage ich meinen besten Dank, insbesondere den Arbeitern der Firma Stratmann u. Meyer und der Firma Stackmann.

137* **Frau Ww. Klemme.**

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen, dem Herrn über Leben und Tod, hat es gefallen, meinen lieben Mann, unsern treusorgenden Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Otto Kortum

im Alter von 37 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Ww. P. Kortum geb. Kläring.

Sieker, 8. Januar 1909.

Die Beerdigung findet am Montag, den 11. Januar, nachmittags 2½ Uhr, die Vorfeier um 2 Uhr im Trauerhause, Sieker 227, statt. 177*

Nachruf.
Am Mittwoch, den 6. Januar, starb plötzlich und unerwartet unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter, die Witwe

Wilhelmine Eweler geb. Elbracht

im Alter von 98 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

186* **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!

In der letzten Nacht verschied nach längerem Leiden unser Vorsitzender

Herr Gustav Bertelsmann

im Alter von 75 Jahren.

Der Verstorbene war von 1864 bis 1870 stellvertretendes Mitglied unserer Handelskammer. Seit dem Jahre 1875 gehörte er ihr als Mitglied an und seit 1901 ist er Vorsitzender der Kammer gewesen.

Mit unermüdlicher Schaffensfreudigkeit und selbstloser Hingebung wusste er seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Sein zuverlässiger Charakter, der das, was er als Recht erkannte, unerschütterlich vertrat, war geeignet, ihm in weitesten Kreisen hohe Achtung und Verehrung zu erwerben.

Das Andenken des Heimgegangenen wird uns stets unvergesslich bleiben.

Bielefeld, den 8. Januar 1909.

193 **Die Handelskammer zu Bielefeld.**

Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr:

Viertes Abonnements-Konzert

des Städt. Orchesters im Stadt-Theater.

Leitung: Städt. Musikdirektor Professor **W. Lamping.**

1. J. S Bach: Brandenburgisches Konzert in D-dur für Klavier, Flöte, Violine und Orchester.
2. Fr. Schubert: Zwei Sätze aus der unvollendeten Symphonie in H-moll. 156
3. Joh. Brahms: Vierte Symphonie in E-moll.

Kassenöffnung 7½ Uhr.

Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Sollo.**

Zentral-Variété

184 Inh.: **Julius Kaiser**

Kaiser-Wilhelm-Platz.

Sonnabend und Sonntag:

Grosse Gala-Vorstellung

Unter anderem:

Nic-Carter

Amerikas größter Detektiv.

Wir haben kene Kaffeebohnen mehr.

Da müssen wir laufen.

Dir. **Otto Haselhoff** mit seinem

Waggon Hüte Hüüüte

Zum Kranklachen!

Ferner die neuesten Duette, Trios, Possen, Burlesken,

und als Zugabe der

Kinematograph.

Sonntags von 11½ Uhr an: **Matinee.**

Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr.

Die Direktion.

Carnevalverein „Fidelitas“

feiert am **Sonntag,** den **10. Januar,** in den Lokalitäten des Herrn **Chr. Sittig,** Detmolderstraße, seinen diesjährigen

1. Narren-Abend

verbunden mit **humor. Vorträgen, Theater und Ball.**

Anfang 4 Uhr.

Aufzug des XI. Rats um 7 Uhr 11 Minuten.

Herrenkarte 60 Pfg., Damenkarte 30 Pfg.

Um zahlreichen Besuch bittet

202 **Der XI. Rat.**

Am Sonntag, 10. Januar, feiert der Kegelklub **„Freie Bahn“** in den Lokalitäten der Frau **Ww. Kleinert,** hier, Detmolderstraße, sein

4. Stiftungs-Fest,

bestehend in **theatralischen Aufführungen, komischen Vorträgen** und **BALL,** unter Mitwirkung des Theaterklubs „Olympia“. 157

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Restaurant G. Freudenau, Heeperstr. 126.

Sonntag, den 10. Januar: 179*

TANZ. TANZ.

W. Tuxhorn, Bleichstrasse.

Sonntag, den 10. Januar: [6634*

TANZ. TANZ.

Es ladet freundlichst ein **W. Tuxhorn.**

Carl Senker, Herforderstraße.

Sonntag, den 10. Januar: [5862

TANZ.

Heinr. Bewekenhorn,

Bürgerweg 50. [5189

Sonntag, 10. Jan.: **BALL.**

Sonntag, den 10. Januar 1909: 173*

Grosses Tanzkränzchen.

Es ladet freundlichst ein **J. H. Gröppel,** Ziegelstraße.

C. H. Apenbrink, Herforderstr. 242.

Am Sonntag, den 10. Januar: [154*

TANZ.

Kein Geheimnis auf'rer Gunst,
In der Wahrheit liegt die Kunst.

Passage-Theater

Nur Niedernstr. 12. **Bielefeld** **Nur Niedernstr. 12.**

Programm vom 10. bis einschl. 13. Januar. 195

Kathleen Mavourneen

Ein ergreifendes Melodrama in 17 Bildern. **Einziges Bild in ganz Deutschland.**

Erster Schnee. Sehr humorvoll.

Eine Mischheirat. Humoristisch.

Das durchgegangene Hundefuhrwerk.

Der humoristische Schlager dieser Woche.

Die gestohlene Erbschaft. Wunderbares Drama. **Schlager.**

Ein Freund in der Not. Drama. **Schlager.**

Krieg und Liebe. Selten schönes Drama. **Schlager.**

Gefährlicher Aufstieg. Interessant.

Die furchtbare Erdbebenkatastrophe in Messina
in ihrer beispiellosen Tragik.

Auf vielseitigen Wunsch nochmals ab **Montag** Nur 3 Tage:

„Die Automobilheldin“.

Grosse Kurfürsten-Halle!

170* **Am Sonntag, den 10. Januar:**

BALL.

Es ladet ein **Fritz Risch.**

H. Bracksiek, Hallerweg.

Sonntag, den 10. Januar: 191*

Grosser Ball.

Aug. Heybrok, Spindelstraße 68.

Sonntag, den 10. Januar 1909: 178

TANZ. Konzertina-Besetzung.

Am Sonntag, den 10. Januar 1909: 150*

Grosser Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein **W. Vogt,** Hallerweg.

Restaurant **Karl Schröder,** Brackwede.

Sonntag, den 10. Januar: 5861

Grosser BALL.

Brackwede. Ww. Bischoff

Sonntag, den 10. Januar: [189

Tanz. Tanz.

Am Sonntag, den 10. Januar 1909:

BALL. BALL.

Es ladet ganz ergebenst ein 151

W. Goldstein.

In der **Buchhandlung „Volkswacht“**
ist zu haben:

Der Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1909.

Gratis-Beilagen: Ein Vierfarbendruck auf feinem Kunstdruckpapier „Mittag“ und ein Wand-Kalender.

33. Jahrgang. 33. Jahrgang.

Preis 40 Pfg. (Porto 10 Pfg.)

(Boten u. Filial-Expeditionen nehmen Bestellungen entgegen.)

Durch die **Buchhandlung „Vollswacht“,** Bielefeld, ist zu beziehen:

Geschichte der Wiener Revolution.

Volkstümlich dargestellt von

Maximilian Bach.

Der Text ist mit zahlreichen Bildern und historischen Porträts ausgeschmückt.

Vollständig in 30 Heften à 20 Pfennig.
Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Stadttheater.

Sonnabend, den 9. Januar 1909, nachmittags 3½ Uhr:
Vorstellung zu kleinen Preisen.

Brüderchen u. Schwesterchen

Abends 7½ Uhr:
Klassiker-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Romeo und Julia

Sonntag, 10. Januar 1909, nachmittags 3 Uhr:
Kleine Preise! Zum letzten Male!

Brüderchen u. Schwesterchen.

Abends 7 Uhr:
Zum 3 Male! Die am 2. Weihnachts-Feiertag mit größtem Erfolg aufgeführte Lustspiel-Novität:

Die Tür ins Freie.

Montag, den 11. Januar 1909, abends 8 Uhr:

Die versunkene Glocke.

Städt. Orchester.

Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr:

45. Abonnements-Konzert

der Schützengesellschaft auf dem Johannisberg.

Vorverkaufs-Karten gelten. An der Kasse **50** Pfg. [155

Musikaufträge 153*

zu allen Festlichkeiten in jeder Besetzung von 1 bis 30 Mann übernimmt

Die Freie Vereinigung Bielefelder Musiker.

Meldungen bitte im Vereinslokal **Bahnhofstr. 35,** Wirt Ellerman.

Saison-Theater Bünde

(Stadtgarten.)

Direktion: **Jul. v. Bastineller.**

Sonntag, den 10. Januar 1909, nachmittags 4 Uhr:

Fremdenvorstellung zu ermässigten Preisen.

Alt-Heidelberg.

Abends 8 Uhr:

Gastspiel des Herrn Franz Döring vom Stadttheater in Essen.

Husarenfieber.

Lustspiel in 4 Akten v. Gust. Kadelburg und Rich. Skowronek. 139

Montag, den 11. Januar:

Heimat.

Mittwoch, den 13. Januar:

Zapfenstreich.

Rechnungs-Formulare

liefert in sauberer Ausführung prompt und billig

Buchdruckerei ‚Volkswacht‘.

Herford.

Sozialdemokratischer Verein

Ortsgruppe Friedenstal.

Sonnabend, den 9. Jan. 1909, abends 9 Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet 192

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein

Ortsgruppe Herford.

Montag, den 11. Januar, abends 8½ Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen C. Schreck: „Die Entwicklungslehre“.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

149 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Verein

für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. 104

Mitglieder-Versammlungen:

Ortsgruppe Brackwede. Sonnabend, 9. Januar, abends 8½ Uhr. Vortrag des Genossen Severing über: „Ist die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterklasse erfolglos?“

Ortsgruppe Gellershagen. Sonnabend, 9. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Wirts Fohrmann, Jöllenbeckerstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1908/09. 2. Erster Vortrag des Genossen Hoffmann über Kulturentwicklung. 3. Bericht der Gemeindevertreter.

Ortsgruppe Schildesche. Sonnabend, 9. Januar, abends 9 Uhr, im Lokale des Wirts Lücking. Tagesordnung im Lokale.

Ortsgruppe Stieghorst. Sonnabend, 9. Januar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Gemeindeangelegenheiten.

Ortsgruppe Heepen. Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Oberwittler. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom I. und II. Quartal. 2. Vortrag.

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-Versammlungen zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Der Weg, welcher zum kleinen Felde führt, ist bis auf weiteres für Fuhrwerksverkehr gesperrt. Der Fußgängerverkehr hat durch die neue Unterführung zu erfolgen.

Herford, den 6. Januar 1909.

Die Polizeiverwaltung.
Busse.

Behandlung aller in- u. äußerlichen Krankheiten, besonders **Rheumatismus.**

Unbemittelte werden berücksichtigt. Dankschreiben mit Adresse genügend zur Einsicht.

Magnetische Heilpraxis. 6315

L. Cladius, Herford, Mindenerstr. 17 I.

* **Schildesche,** 8. Jan. Um einem Gerüchte entgegenzutreten, teilen wir mit, daß der Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche" nach wie vor im Lokale des Wirts Lechterbeck seine Turnstunden und Zusammenkünfte abhält.

* **Ubbedissen,** 8. Januar. Arbeiter-Turnverein. In der Gastwirtschaft zum „Rollkruge" ist am Sonntag, den 3. Januar, ein Arbeiter-Turnverein gegründet worden. Es ist somit die Möglichkeit gegeben, daß jeder freiheitlich gesinnte oder organisierte Arbeiter hier sich der Körperpflege hingeben kann. Es ist deshalb auf organisierte Arbeiter hingewiesen, weil Mitglieder des „teutschen" Turnvereins „Deutsche Eiche", bei Wirt Siekmann, aus ihren Verbänden ausgetreten sind. Dabei handelt es sich nicht nur um ein oder zwei Mitglieder, sondern um eine größere Anzahl, welche in auffallend kurzer Zeit sich ihren gewerkschaftlichen Pflichten entzogen. Die Zugehörigkeit zu dem Verein läßt sich allerdings nicht mit den Anschauungen eines halbwegs aufgeklärten Arbeiters vereinbaren, denn dem Treiben gewisser Vereinsfunktionäre ist es nur zuzuschreiben, daß die jüngeren Turner den Verbänden den Rücken gekehrt haben. Es muß deshalb die Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters sein, den neuen Verein zu unterstützen, damit auch dieser Zweig der modernen Bewegung groß und stark werde. Am Sonntag, den 17. Januar, mittags 2 Uhr, findet die erste Generalversammlung statt; in dieser wird auch der Vertreter vom hiesigen Bezirk des Arbeiter-Turner-Bundes anwesend sein. Arbeiter, die ihr für eure Gesinnungsfreiheit eine Lanze brechen wollt, erscheint am Sonntag in die Versammlung.

* **Herford,** 8. Januar. Stadtverordneten-Versammlung. Die wiedergewählten Magistratsmitglieder wurden durch den ersten Bürgermeister eingeführt. Gegen die Giltigkeit der Stadtverordnetenwahlen ist von keiner Seite Protest eingelegt worden, sämtliche Wahlen wurden für giltig erklärt. Herr Schmalhorst hat die Zustimmung der Schulbehörde noch nicht und war nicht anwesend. Der Vorsteher wies auf die Wichtigkeit der Städteordnung hin, die durch die hundertjährige Jahresfeier im vorigen Jahre neu belebt worden sei. Er erwarte, daß die Neugewählten auch voll und ganz das Interesse der gesamten Bürger vertreten und sich nicht von einzelnen Vereinen, denen sie angehörten, leiten lassen würden. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der alten Mitglieder, nur in den einzelnen Kommissionen wurden einige neugewählt. Eine längere Debatte erregte die im einzelnen detaillierte Forderung von insgesamt 40 000 Mk. für Schlachthofzwecke. Sehr bezeichnend für die heutigen Verhältnisse ist, daß die Pferdeschlachthalle viel zu klein geworden ist; auch ein Zeichen der Zeit. Ebenfalls zeigte die Verhandlung, daß dies noch ziemlich neue Schlachthaus viele Uebel aufweist. Auch Einrichtungen, die, wie gesagt wurde, zum alten Eisen geworfen werden können, müssen durch bessere Einrichtungen ersetzt werden. Für den Fleischverkauf der Freibank soll ein kleines Häuschen gebaut werden. Doch soll erst erwogen werden, ob das betreffende Fleisch nicht in der Markthalle verkauft werden kann, um den Feldmärkern, die sich scharf gegen die Freibank wehren, etwas entgegenzukommen. Obige Summe wurde bewilligt. Von der Jakobigemeinde (Radewig) war ein Antrag, 5000 Mk. für Renovierung der Kirche zu bewilligen, gestellt, aber vom Magistrat auf 3000 Mk. reduziert worden. Ergötzlich war die Begründung, daß die Neustädter Gemeinde doch auch etwas bekommen habe, sogar 10 000 Mk. Bei dem guten Einvernehmen zwischen Stadtverwaltung und Kirche konnten die 3000 Mk nicht abgelehnt werden. Das Geld wird durch eine Anleihe aufgebracht. —

Daß bei dem chronischen Geldmangel in unserem Stadtsäckel noch 13 000 Mk. für Kirchenausschmückung und Renovierung verschenkt werden, ist entschieden zu verwerfen. Wie jeder andere Hausbesitzer, sollte auch jede Kirchengemeinschaft ihre Häuser selbst im Stande halten. Steigert der Hausbesitzer die Mieten, so steht es der Kirchengemeinde ja frei, die Kirchensteuer zu erhöhen. Den Gemeindesäckel sollte man keinesfalls dadurch erleichtern.

Durch Entnahme dieser Summen für kirchliche Zwecke aus der Stadtkasse wird auch der Andersgläubige zur Unterstützung von Religionsgemeinschaften herangezogen, die er als Gegner in religiösen Anschauungen schließlich aufs schärfste bekämpft. Bei der Moral der heutiger Gesellschaft kommt es ja auf einen Widerspruch mehr nicht an. Trotzdem, oder gerade deshalb muß immer wieder von unserer Seite auf die Zweiteelentheorie unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung hingewiesen werden. Wir fordern in Punkt 6 unseres Parteiprogramms die Erklärung der Religion zur Privatsache, demzufolge soll jeder, der das Bedürfnis nach religiöser Betätigung in sich fühlt, auch seinen Teil zur Aufbringung der Mittel, die eine Religionsgemeinschaft bedarf, beitragen.

* **Oetinghausen,** 8. Jan. Der neugegründete Arbeitergesangverein „Vorwärts" hielt am Mittwoch seine erste Gesangstunde ab. Die Genossen und Gewerkschaftler werden ersucht, den Verein zu unterstützen. Die nächste Gesangstunde findet am Mittwoch, 13. Januar, abends 8½ Uhr, beim Wirt Düsdicker statt.

* **Detmold,** 8. Jan. Stadtverordnen-Versammlung vom 7. Januar. Der 1. Punkt: Wahlen, zeitigte das Resultat, daß sämtliche Aemter wie Kommissionen durch die bisherigen Inhaber wieder besetzt wurden, mit Ausnahme der Kommission zur Förderung städtischer Interessen, in die an Stelle des aus dem Kolleg geschiedenen Gastwirts Kanne der Stadtv. Lithograph Kanne gewählt wurde. Der 2. Punkt betraf die Spezialvoranschläge 1909/10. Es wurden lange Debatten gepflogen bei den gleichgiltigsten Dingen. Wiederholt trat die Unschlüssigkeit der Liberalen zutage, die ja die 3. Klasse bilden. Es wurde von den Liberalen erneut der Beweis erbracht, daß sie noch weit davon entfernt sind, durch positive Kommunalpolitik einen Einfluß zugunsten der arbeitenden Klasse ausüben zu wollen und zu können. Kurz sei der einzelnen Etatspositionen Erwähnung getan. Die Armenkasse balanciert mit 28 561,75 Mk.; 14 000 Mk. Armensteuer sollen gehoben werden. Wird bewilligt. Kaufm. Fortbildungsschule: Einnahme und Ausgabe 1965 Mk. Die Handelskammer wünscht die Detmolder kaufmännische Schule in den von der Handelskammer gegründeten Verband kaufmännischer Schulen für Lippe aufgenommen. Diesem beizutreten, hat das Kuratorium sich bisher geweigert, weil die Unterrichtsstunden auf den Abend verlegt werden sollten. Es ist jetzt ein Entgegenkommen seitens der Handelskammer betr. der Lehrstunden zugesagt, und wurde beschlossen, dem Verbande beizutreten, wenn die Lehrstunden bleiben wie bisher, am Tage. Die Stadt hat durch den Beitritt zu dem Verbande nichts weiter zu leisten als die Unterrichtsräume, Licht und Wasser unentgeltlich herzugeben; Lehrkräfte und Beaufsichtigung der Schule stellt die Handelskammer. Sämtliche kaufmännische Schulen des Landes werden von einem Direktor beaufsichtigt. Der Etat der kaufmännischen Schule wird deshalb abgesetzt. Städtische Fischteiche. Balanciert mit 90 Mk. Wird bewilligt. Städtischer Obstgarten. Balanciert mit 1250 Mark. Bei dieser Position trat die Uneinigkeit der Liberalen zuerst zutage. Während die liberalen Stadtverordneten Kettmann, Korf entschieden und mit Recht fernere Mittel nicht bewilligen wollten für den Obstgarten und die Verpachtung an einen Unternehmer wünschten, trat der liberale Stadtverordnete Köller dem entgegen und ersuchte um die Genehmigung des Etats, die dann auch erfolgte. Serviskasse: Balanciert mit 7358,91 Mk. Wird bewilligt. Abfuhrapparatkasse: Balanciert mit 230 Mk. Wird bewilligt. Friedhofskasse: Balanciert mit 11 510 Mk. Ueber den Zustand des Friedhofs wurde dem Magistrat wenig schmeichelhaftes gesagt. Stadtv. Meier erklärte, in ganz Lippe gäbe es keinen Friedhof, der so verwahrlost sei als der Friedhof der Residenz. Es wurde die Summe für die Instandhaltung des Friedhofes von 600 auf 700 Mark erhöht. In Zukunft sollen auch die Gräber, die von den Angehörigen nicht instand gehalten werden, von dem Friedhofswärter mit gepflegt werden. Städt. Gewerbeschule: Einnahme und Ausgabe 14 517,61 Mk. Die Finanzkommission verlangt, daß der Inhaber der Detmolder Tischlereifachschule, Herr Reineking, für die Räume, die er in der Gewerbeschule jetzt unentgeltlich benutzt, Miete bezahlen soll, weil ihm die Schule sehr viel Geld einbringt. Bei dieser Gelegenheit waren die Liberalen wieder in zwei Lager gespalten. Stadtv. Kettmann verlangte den Nachweis, daß Herr Reineking keine Miete bezahlen könne, andernfalls die Stadt nichts mehr frei gewähren solle. Stadtv. Köller dagegen bezeichnete diese Forderung für nicht gerechtfertigt. Stadtv. Neitzel (2. Klasse) erklärt, daß ein Zuschuß nur dann gezahlt werden soll, wenn die Schule ihn bedürfe, da der Zuschuß nur die Existenz der Schule festigen solle, nicht aber das schon gute Einkommen des Herrn Direktor Reineking noch erhöhen. Der Etat wurde zurückgestellt. Der Magistrat soll erst mit Herrn Reineking verhandeln.

Höhere Mädchenschule. Die Kommission hatte eine Reihe Ausstellungen gemacht. Es handelt sich darum, ob das Schulgeld schon zu Ostern oder erst zum Winterhalbjahr erhöht werden solle, infolge der in Aussicht stehenden Erhöhung der Lehrergehälter. Der liberale Stadtv. Kanne nahm hier einen ganz eigentümlichen Standpunkt ein. Stadtv. Neitzel hatte sich dahin geäußert, daß es ihm befremdlich sei, wie die Herren der 3. Klasse für die Erhöhung des Schulgeldes seien, wodurch sie die Schule zum Privilegium der reichen Leute machten, während sie alles tun sollten, um den Minderbemittelten die Möglichkeit zu bieten, ihren Kindern den Besuch zu ermöglichen. Stadtv. Kanne erwiderte darauf, daß er nicht zugeben könne, städtische Steuern für die Schule zu bewilligen, denn dann würden die Minderbemittelten mit dazu beitragen, daß die Reichen eine bessere Schule für ihre Kinder hätten. Stadtv. Kettmann erklärte für die Töchterschule nicht mehr städtischen Zuschuß bewilligen zu wollen, als die städtische Knabenbürgerschule erhält. Der Etat wird bewilligt. Schlachthofkasse. Balanciert mit 26 451,76 Mark. Wird bewilligt. — Gaswerk. Ueberschuß: 50 000 Mark. Die Gasarbeiter sind bei den Stadtverordneten um Lohnerhöhung vorstellig geworden. Stadtv. Kanne ersucht dem Gesuch zu entsprechen und wendet sich gegen die lange Arbeitszeit der Ofenarbeiter, die 12 Stunden und länger dauere. Stadtv. Kettmann ist für eine Erhöhung der Gasarbeiterlöhne, da es die Gasanstalt mit ihren guten Ueberschüssen wohl tragen könne und regt sodann an, ob die Gaspreise nicht reduziert werden könnten. Stadtv. Priester wünscht die Eingabe der Gasarbeiter abgewiesen, weil der Instanzenweg nicht eingehalten sei und erst die Gas- und Wasserkommission gefragt werden müsse. Stadtv. Neitzel ist der Ansicht, daß die Arbeiter einen Instanzenweg nicht kennen, und ihre Angelegenheit auf dem ersten besten Weg zum Ziel zu führen suchen, er beantragte dann die Eingabe an die Gas- und Wasserkommission zu verweisen; was das Kolleg beschließt. Der Etat wird bewilligt. — Wasserwerk. Stadtv. Kettmann regt an, ein städtisches Wellen- und Brausebad zu errichten. Stadtv. Kühne wünscht für das Ev. Vereinshaus Herabsetzung des Wasserpreises, damit die Bäder billiger werden können. Der Etat wird bewilligt. — Für die durch die Erdbebenkatastrophe Geschädigten in Italien bewilligen die Stadtverordneten 200 Mark.

* **Heidenoldendorf,** 8. Jan. Unser Artikel in der „Volkswacht" von den Ausschußwahlen scheint dem Genossen Brenneke stark in die Glieder gefahren zu sein. Anstatt sich nun in der „Volkswacht" mit uns auseinanderzusetzen, flüchtet er sich bezw. sein Verteidiger in die konservative „Tageszeitung". In unserer Auffassung, daß Brenneke Geschäftssozialist war, werden wir dadurch nur bekräftigt. Daß wir ihn wirtschaftlich schädigen wollten, ist uns im Traume nicht eingefallen, wir wollten nur Reinlichkeit im eigenen Hause. Brenneke richtet in dem genannten Artikel die Frage an uns, ob Genosse Lübbeke auch als aus der Partei ausgeschieden zu betrachten sei, da er ja dasselbe gemacht hätte wie er. Brenneke scheint also den Unterschied zwischen seinem und Lübbekes Verhalten nicht einzusehen. Lübbeke hat im Auftrage der Genossen gehandelt. Er ist vor der Wahl von den Liberalen ersucht worden, dafür zu sorgen, daß wir von der Aufstellung eigener Kandidaten absehen sollten, damit nicht die Auch-Liberalen mit den konservativen Anschauungen den Sieg davontrügen. Genosse Lübbeke teilte dies den Genossen mit, und es wurde beschlossen, mit den Liberalen darüber zu verhandeln. Genosse Lübbeke wurde mit den Verhandlungen betraut, er hat also im Auftrage der Genossen gehandelt, wogegen Brenneke im direkten Gegensatz zu den Genossen, trotz dringender Warnung, gehandelt hat. Auf die anderen Phrasen in dem Artikel einzugehen, halten wir nicht der Mühe wert.

* **Minden,** 8. Jan. Ungesetzliche Steuer-Beitreibung. Wie wir erfahren, erläßt die städtische Kämmereikassen-Verwaltung Zahlungsverbote zum Zwecke der Steuerbeitreibung. Sie läßt diese aber auch solchen Arbeitgebern zugehen, welche Arbeiter beschäftigen, die mit ihrer Steuer im Rückstand sind. Das Lohnbeschlagnahmegesetz hat diese Pfändung zugelassen, soweit es sich dabei um persönliche Staatssteuern und Kommunalabgaben (einschließlich Kreis-, Kirchen- und Schulsteuern) handelt, die nicht länger als drei Monate fällig geworden sind. Dieser Bestimmung steht aber entgegen die Bestimmung des § 811 Nr. 2 der Zivilprozeßordnung. Diese lautet: „Der Pfändung nicht unterworfen sind ... 2. die für den Schuldner, seine Familie und sein Gesinde auf vier Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel oder, soweit solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden und ihre Beschaffung für diesen Zeitraum auf anderem Wege nicht gesichert ist, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag." Hier ist also ganz klar und unzweideutig ausgesprochen, daß dem Schuldner der nötige Geldbetrag, um genannte Vorräte beschaffen zu können, belassen werden muß. Der Beamte wird sich jedesmal der Ueberschreitung seiner Amtsbefugnis schuldig machen, wenn er sich nicht, ehe er den Arbeitslohn pfändet, davon überzeugt hat, daß die genannten Vorräte vorhanden oder anderweit sichergestellt sind. Ferner haben wir gesehen, daß auch Arbeitslohnpfändungen zur Deckung der Kosten des Zwangsverfahrens ausgeführt worden sind. Das widerspricht ebenfalls dem klaren Wortlaut des Lohnbeschlagnahmegesetzes, sowie den gesetzlichen Bestimmungen über die Barzahlung des Arbeitslohnes. Die Pfändung des Arbeitslohnes für über drei Monate fällig gewordene persönliche Steuern, soweit diese oben genannt sind, und anderen Abgaben (Betriebssteuern, Grund- und Gebäudesteuern) sind gesetzlich unzulässig, wenn der Lohn oder das Gehalt 1500 Mark nicht übersteigt. Die Arbeitgeber sollten aber auf Grund des § 811 Ziffer 2 stets den Nachweis von den die Pfändung ausführenden Beamten verlangen, daß der fragliche Arbeiter seinen Arbeitslohn zur notwendigen Beschaffung von Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmitteln nicht gebraucht, und dann, aber auch nur dann, sich auf Pfändungen von Arbeitslöhnen der in ihrem Dienst stehenden Arbeiter einlassen. Sie werden sich selbst viele Scherereien und Verdruß vom Halse halten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs,** für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher,** beide in Bielefeld.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Betrifft Alsbergs Inventurverkauf!

Montag
bleibt unser Geschäft wegen Vorbereitung bis 2 Uhr geschlossen.

Nur einer solch bedeutenden Einkaufs-Gesellschaft wie der unserer 40 Schwesterfirmen ist es möglich, derartige Warenposten zu Preisen zu erstehen, wie es uns gelang. Auch die niedergehende Konjunktur auf dem Textilmarkt hat ihr Teil dazu beigetragen, dass wir mit billigeren Preisen denn je für den Inventur-Verkauf gerüstet sind. Jede Abteilung für sich wird das Erstaunlichste bieten. In Weiss- und Baumwollwaren, Kleiderstoffen, Damenkonfektion, Wäsche, Schürzen etc. haben wir enorme Unterpreisposten erworben und auch die während der Inventur zurückgesetzten Waren für den Verkauf bestimmt. Ferner werden wir einen grossen Posten während unseres Umbaues angestaubter Damenwäsche zu Verlustpreisen verkaufen. Näheres ersehen Sie Montag in den Tagesblättern.

Mit dem Verkauf beginnen wir Montag 2 Uhr.

[175

Die furchtbare Katastrophe in Italien.

Die Bilder davon von heute ab im „Biotophon-Theater“ zu sehen.



1. Das blühende Messina vor der Katastrophe.
(Garantiert authentische Original-Naturaufnahmen!)

2. Messinas Untergang.
(Hochinteressantes italienisches Tonbild.)

Dieses zweite Bild soll obiges Bild ergänzen, damit die Besucher nicht nur stumme Typen dieses Landes, sondern auch sprechende Bewohner von Messina zu hören bekommen. (Eine tiefergreifende, wundervolle Aufnahme.)

Wir betonen nachdrücklichst, **dass es sich hier um eine mit vielen Mühen und Kosten erworbene Original-Naturaufnahme handelt und nicht etwa eine gestellte Bühnenaufnahme von Messina zur Vorführung gelangt.**

Das Bild **„Messina nach der Katastrophe“** (Original-Naturaufn.) kommt sofort nach Erscheinen zur Vorführung.

Dalli: Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Geschäfts-Eröffnung.

Meiner werten Nachbarschaft, sowie allen Freunden und Bekannten hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das

Zigarren-Geschäft

des Herrn **Albert Hoffmeister,** hier, **Obernstrasse 29,** übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meiner werten Kundschaft nur mit guter und reeller Ware zu dienen und bürgt meine langjährige praktische Erfahrung in dieser Branche für eine **fachgemäße Auswahl nur guter und preiswerter Zigarren, Zigaretten und Tabakfabrikate.** Indem ich bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen, zeichne [174

mit aller Hochachtung

Albert Hoffmeister Nachf.
Jean Peters, Zigarrenfabrik.

Dank! Bitte lesen!

Nächst Gott verdanke ich es dem Herrn Direktor K. Lütgert vom Sprachheil-Institut Dortmund, jetziger Leiter des Sprachheil-Instituts Bielefeld, Lützowstr. 4, I., daß ich, nachdem ich 21 Jahre schwer stotterte, heute meine Sprache voll und ganz beherrsche. Aus diesem Grunde und weil sich Herr Lütgert eine unbeschreibliche Mühe gemacht hat, fühle ich mich veranlaßt, diesem Herrn meinen öffentlichen Dank auszusprechen. Möge das Wirken des Herrn Lütgerts auch fernerhin mit Erfolg gekrönt sein. Zur mündlichen sowie schriftlichen Auskunft bin ich gern bereit. 188

Albert Jäckel, Valdorf 5
bei Vlotho.

Heises Handels-Lehranstalt

Bielefeld, Wilhelmstrasse 5. — gegründet 1893 — **Braunschweig,** Friedrich-Wilhelmstr. 6.

Gewissenhafte Ausbildung zum Buchhalter, Korrespondenten, Rechnungsführer, Kontoristen etc.

Separate Zimmer für ältere Herren und Damen. [27
Verlangen Sie Prospekt. **Stellenvermittlung umsonst.**

Wer

seinen Beruf wechseln will, findet gute und dauernde Anstellung. Offerten unter G. Sch. an die Expedition dieses Blattes. 185*

[6221

Möbel

auf

Kredit

L. Bech

Brunnenstr. 12a.

Orangensaft

von J. G. Diekel ist die Krone aller alkoholfreien Getränke. [4172

Man verlange ausdrücklich

Orangensaft
erfrischendes Tafelgetränk.

Leibbinden

nur gute Fabrikate, erhalten Sie am besten bei 84

Arnold Festerling,
Bandagist.
Bielefeld, Viktoriastrasse 6.
Lieferant aller Krankenkassen.

Grosser

Räumungs-Ausverkauf

in Uhren und Goldwaren



mit 20% Rabatt

auf sämtliche Waren.

Vom **1. April 1909** befindet sich mein Geschäft **nur Niedernstr. 35,** neben Gebr. Gottschalk.

Carl Wagner, Uhren- und Goldwarenhaus
Niedernstrasse 30. 176

S. Dreyer sen., Bielefeld,

— Amtlicher Spediteur der Königl. Preuss. Staatsbahn —
empfiehlt sich zur billigen und zuverlässigen Besorgung von
Speditionen, Möbel-Transporten, Rollfuhren
und zur 5735
Einlagerung von Möbeln u. Gütern aller Art.

Die bekannten **Güter-Abholungskarten,** welche die Reichspost **portofrei** befördert, sind bei der Königl. Güter-Abfertigung und bei — mir **unentgeltlich** zu haben. —

Nur solange Vorrat! für **27 Pfg.** pro Pfund 85

Ia. Schweine-Klein-Fleisch

Köpfe und fleischige Pfoten, amtlich untersucht, von Landschweinen. Eimer 30 und 60 Pfd. Postpacket M. 3.—. Alles ab Kiel, Nachnahme.
C. J. Michelsen, Kiel 163 (Holstein)

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht“,** Bielefeld, ist zu beziehen:

Die natürliche Heilweise

von

Dr. C. Sturm.

Mit vielen Abbildungen und erklärenden Tafeln sowie zerlegbaren Modellen des ∵ männlichen und weiblichen Körpers. ∵

1588 Seiten. — Preis 8 Mk.

Die **Buchhandlung „Volkswacht“,** Bielefeld, hält zur Anschaffung empfohlen:

Neuer

Familien-Atlas

— 68 Karten —

Preis 1 Mark. **Porto 20 Pfg.**

Bringe hiermit den werten Bewohnern von **Brackwede u. Umgegend** meinen neuen

Leichenwagen

gross u. klein, sowie **Hochzeits- u. Kindtaufsfuhren** in empfehlende Erinnerung. Alles in bester Ausstattung.

Carl Wiehenstroth.
Telephon 1035.
74

Arbeiter-Notiz-Kalender

1909

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Reichsvereinsgesetz. — Die Bedeutung der Landtage. — Sozialdemokratische u. Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbe-Inspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Münz- und Gewichtstabelle. — Portotafel. — Vielseitiges Adressenmaterial.

Außerdem enthält der Kalender ein künstlerisch ausgeführtes Marx-Porträt.

Zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht“
Bielefeld, Schulstr. 20.

Stadtsparkasse Bielefeld

im neuen Rathause.

Tägliche Verzinsung der Spareinlagen

Zinsfuß 3¾ %

Unentgeltliche Ausleihung von

Heimsparkassen.

Unentgeltliche Einziehung der Spareinlagen von auswärtigen Kassen.

Geschäftsstunden:
8½—1 Uhr vormittags 3—6 Uhr nachmittags.

Annahmestellen:
Bürgerweg 34. Firma **Kleinjung & Westerheyde.**
Herforderstr. 82. Herr Apothekenbesitzer **L. Müller.**

Die Verwaltung der Stadtsparkasse.
6219 **Toerner.**

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten stets größte Auswahl
Buchhandlung „Volkswacht“.

Georg Lichte

Zahntechniker
Bahnhofstr. 38
sichert schonende Behandlung und mässige Preise zu.
5074

[6220

Paletots, Anzüge

auf

Kredit

L. Bech

Brunnenstr. 12a.

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 7. Bielefeld, Sonnabend, 9. Januar 1909. 20. Jahrg.

Prozeß Wernsdorf.

Blatt 11 der Nachlaßakten.

x. Weimar, 7. Januar.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Die Verhandlung gegen Wernsdorf und Gen. wurde heute morgen 9 Uhr fortgesetzt. Es sind 20 Zeugen geladen und erschienen; ein Zeuge ist inzwischen verstorben, während ein anderer kommissarisch vernommen worden ist. Als Nebenkläger tritt heute noch auf Rechtsanwalt Dr. Günther, der auch als Zeuge benannt ist.

Auf Befragen, was er zu der gestern verlesenen und von ihm verfaßten Broschüre zu sagen habe, erklärt Angekl. Wernsdorf: Ich habe die Broschüre mit dem ausgesprochenen Zwecke geschrieben, ein Strafverfahren gegen mich herbeizuführen. Mit Schorn war ich seit Jahren bekannt. Er ist an mich herangetreten zum Zwecke eines Wiederaufnahmeverfahrens. Die Angelegenheit war mir zunächst nicht sympathisch, bis die persönlichen Reibungen kamen, die ich mit der Justiz hatte, hauptsächlich die mit Ebert. Da ich den Fall Schorn gewissermaßen mit erlebt, hat er sich so bei mir festgesetzt, daß ich ihn ohne Aktenmaterial beherrschte. Als ich mich entschlossen hatte, mich der Sache anzunehmen, setzte sich aber auch bei mir die Ueberzeugung fest, daß eine gründliche Kennenlernung der Materie notwendig ist. Der Rechtskandidat und Mitangeklagte Behrend, der sich das erste Mal der Schornschen Sache annahm, hatte versucht, auf dem Wege des Wiederaufnahmeverfahrens, später auf dem Wege der Strafanzeige Schorn zu seinem Rechte zu verhelfen. Ich riet ihm aber davon ab, eben wegen der von mir behaupteten solidarischen Befangenheit der weimarischen Justiz. Durch die Vernehmung des früheren Nachlaßrichters Dr. Jungherr ist bei mir die letzte Spur von Zweifeln gewichen, daß ein Verbrechen in bezug auf das Blatt 11 der Nachlaßakten vorgekommen ist. Ich habe letzterem die bestimmte Frage vorgelegt, sich über die Auffindung des Blatt 11 der Nachlaßakten zu äußern. Da versagte er.

Vorsitzender: Hat Sie etwas anderes geleitet, die Broschüre herauszugeben als das Motiv, Schorn zu helfen?

Wernsdorf: Nein.

Vors.: Dann will ich Ihnen einen Brief vorlesen, den Sie an einen früheren Verleger geschrieben haben. (In dem Briefe wird u. a. gesagt, daß es sich um die Herausgabe eines erstklassigen Romans handelt, bei dem höhere Personen eine Rolle spielten. Rechtsanwalt Wedekind habe als Referendar im Amtsgericht Jena ein Nachlaßblatt herausgeschnitten. Ein Geschäft könne jedenfalls damit gemacht werden.)

Vors.: Wollten Sie mit der Herausgabe der Broschüre ein Geschäft machen, wie es im Brief ausgedrückt ist?

Wernsdorf: Wenn aus dem Briefe herausleuchtet, daß es mir um ein Geschäft zu tun ist, so habe ich dazu zu bemerken, daß dies immer so gemacht wird, um dem Verleger das Geschäft annehmbar zu machen.

Vors.: Auch in einem Briefe an den Drucker Seifert reden Sie von einer erstklassigen Sensationsbroschüre.

Wernsdorf: Es war mir nicht um das Geschäft zu tun. Der Schriftsteller macht ja auch bei Herausgabe einer Schrift nicht das Geschäft, sondern der Verleger.

Vorsitzender (zu dem Angeklagten Seifert): Sie haben gestern behauptet, daß Sie den Inhalt der Broschüre vor der Drucklegung nicht gekannt hätten. In dem Briefe von Wernsdorf an Sie ist von einer Sensationsbroschüre die Rede. Waren Sie da gar nicht neugierig?

Seifert: Ich habe den Inhalt vor der Drucklegung nicht gekannt, sonst hätten wir die Broschüre nicht herausgegeben.

Auf Wunsch des Staatsanwalts wird festgestellt, daß von den Broschüren 3000 Stück hergestellt worden sind. Der Drucker Seifert hat für die Herausgabe noch nichts erhalten. Versprochen waren ihm etwa 500 Mark. — Es werden nun die in der Broschüre erwähnten Nachlaßakten, Prozeßakten, Handakten des Rechtsanwalts Dr. Günther in Weimar verlesen, was eine erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Festgestellt wird dabei, daß die von Wernsdorf behauptete Aktenvernichtung nicht zutrifft. Die in den Nachlaßakten fehlenden Blätter waren herausgenommen und in die Prozeßakten eingeheftet.

Vorsitzender (zu Wernsdorf): Bleiben Sie dabei, daß eine Aktenvernichtung vorgekommen ist.

Wernsdorf: Ja, da ich nicht anerkennen kann, daß es üblich ist, Blätter von Nachlaßakten in Prozeßakten einzuheften. Uebrigens ist das Blatt 11 in seiner jetzigen Form nicht dasjenige, wie es seinerzeit Schorn vorgefunden hat.

Als erster Zeuge wird heute Ministerialdirektor Dr. Nebe vernommen, der bestreitet, sich einer Pflichtwidrigkeit schuldig gemacht zu haben. In der Prozeßangelegenheit Schorn/Wedekind sei gleich sehr zweifelhaft gewesen, ob der Anspruch berechtigt war. Die damaligen Zeugenaussagen seien sehr glaubwürdig gewesen. Mit der Familie Wedekind habe er in der Nachlaßsache weder schriftlich noch mündlich verhandelt.

Nunmehr wird der Kronzeuge, der 75jährige Landwirt Schorn, vernommen, der auf die Frage, ob er mit Wernsdorf über die Herausgabe der Broschüre gesprochen habe, erklärte, er habe überhaupt sehr wenig mit ihm gesprochen. Es sei mit ihm ja nicht zu reden gewesen. Die Broschüre habe er nicht gelesen, dazu sei er zu alt. Viel habe er mit seiner Schwester über den Nachlaß nicht gesprochen. Diese habe noch nicht sterben wollen. Gesagt habe sie ihm nur, daß sowohl bei Gerstung als auch bei Koch 7800 Mk. in Wertpapieren hinterlegt seien. Einmal habe ihm Wedekind gesagt, daß er die Wertpapiere an einen Lumpenmann verkauft habe. Unter dem Blatt 11 habe erst der Name Gerstung gestanden. Später aber, als er einmal auf dem Amtsgericht vorgesprochen, sei die Unterschrift herausgeschnitten gewesen. An der betreffenden Stelle in den Akten habe sich ein viereckiges Loch befunden; die Unterschrift sei entfernt worden, weil sie eben im Wege gewesen sei. Auf Befragen gibt dann Schorn noch an, daß er an Rechtsanwalt Günther einen eingeschriebenen Brief abgeschickt habe, in dem mitgeteilt wird, daß sein (Schorns) Großvater ein Nachlaßverzeichnis zu den Akten im Amtsgericht Jena eingereicht habe.

Rechtsanwalt Günther bestreitet auf das entschiedenste, daß er je einen Brief mit dieser Nachricht von Schorn erhalten habe.

Die Aussagen Schorns fanden bei dem Gericht wenig Glauben; zuzugeben muß auch werden, daß sie von Widersprüchen nicht frei waren. Hierauf aufmerksam gemacht, gab Schorn ausweichende Antworten.

Vorsitzender (zu Wernsdorf): So sehen Ihre Gewährsmänner aus.

Wedekind: Ich bin nur ein einziges Mal auf dem Amtsgericht in Jena gewesen, um mich zu vergewissern, was an den Ansprüchen Schorns Wahres ist. Ich habe bei Einsichtnahme der Akten gleich gesehen, daß aus dem Blatt 11 der Nachlaßakten ein Stück herausgeschnitten war. Die Kochschen Bücher habe ich nie eingesehen. Daß ich Richter oder auch den Rechtsanwalt Günther beeinflußt habe, ist nicht wahr. Daß mir Schorn einmal im Landgericht zugerufen hat: „Sie sind der Halunke, der die Unterschrift herausgeschnitten hat.“ weiß ich mich nicht zu erinnern. War dies trotzdem der Fall, so war die Beleidigung für mich nicht klar erkennbar, sonst hätte ich sicherlich etwas darauf erwidert. — Auf die Frage Wernsdorfs gibt der Zeuge die Möglichkeit zu, einmal in der Wohnung Schorns gewesen zu sein, um sich den Depositenschein auszubitten.

Frau Wedekind sagt aus, daß ihr nichts bekannt sei, daß ihr Vater noch irgend etwas schulde, auch nicht Schorn. Ueber die Herausgabe des Depositenscheines will sie mit Schorn nie persönlich unterhandelt haben. Ein anderer Mann habe jedoch einmal ein derartiges Verlangen bei ihr in der Wohnung ausgedrückt.

Fleischermeister Woche erklärt zu den letzten Aussagen, daß er der betreffende Mann gewesen sei, und zwar im Auftrage Schorns. Die verstorbene Amalie Schorn habe ihm erklärt, daß sie bei Koch und Gerstung Wertpapiere hinterlegt habe. Die Frau Wedekind habe ihm auf den vorgezeigten Depositenschein von Koch erklärt, daß ihr Vater diese Sache schon bei Lebzeiten geregelt habe.

Frau Woche erklärt mit Bestimmtheit, daß Schorn vom Rechtsanwalt Wedekind einmal einen Brief bekommen hat, in dem dieser mitteilte, daß sein Großvater das Nachlaßverzeichnis im Amtsgericht Jena hinterlegt habe.

Bräuning aus Orlamünde bestätigt, daß Schorn gelegentlich einer Verhandlung im Landgericht zu Weimar dem Rechtsanwalt Wedekind zugerufen hat: „Sie sind der Halunke, der die Unterschrift herausgeschnitten hat.“ Wedekind soll dabei ganz rot geworden und schnell davongelaufen sein, und hat sich dabei noch verschiedene Male nach Schorn umgesehen.

Wedekind bestreitet auf Befragen, daß so etwas gesagt worden ist.

Bräuning: Da müssen Sie aber sehr schlecht gehört haben.

Wedekind: Durchaus nicht, ich höre sehr gut.

Bräuning: Sie standen aber ganz nahe daran, und müssen es auf alle Fälle gehört haben.

Landgerichtsrat Jungherr-Eisenach: Ich weiß nichts davon, daß ich Schorn beim Einsehen der Nachlaßakten gesagt habe: „Sehen Sie einmal her, hier ist ganz frisch die Unterschrift Gerstungs herausgeschnitten.“ Ich konnte dies gar nicht sagen, da ich bei meiner kurzen Anwesenheit in Jena gar nicht wußte, daß ein Bankhaus Gerstung bestand. Den Amtsgerichtsrat Schmidt, den ich hinzugerufen und der darüber gelächelt haben soll, amtierte zu der Zeit in Großrudestedt. Hätte sich tatsächlich ein solch wichtiger Vorgang abgespielt, so hätte ich mir dies sicher gemerkt. Ich habe mir darüber den Kopf zerbrochen, wie Schorn überhaupt einen solchen Gedanken fassen konnte, und da ist mir etwas eingefallen, was Erwähnung finden kann. Ich habe Akten vorgefunden, aus welchen Briefmarken herausgeschnitten waren. Von einem solchen Vorgang habe ich auch einmal dem Amtsgerichtsrat Schmidt erzählt, wobei ich von Löchern in den Akten gesprochen haben kann.

Bankier Koch gibt an, daß sich Schorn in seinem Geschäft nach dem Nachlaß seiner Schwester erkundigt habe. Dabei sei ihm wahrscheinlich aufgegeben worden, einen Depositenschein herbeizubringen. Später sei Schorn wiedergekommen und da sei ihm jedenfalls das Duplikat gegeben worden, bei welchem die untere Hälfte des betreffenden Blattes abgeschnitten worden ist, damit kein Mißbrauch damit getrieben werden konnte. Nach seiner Meinung ist nun dieses Duplikat zu den Nachlaßakten gekommen, und bildet so das jetzige Blatt 11 der Nachlaßakten. Den Vorwurf des Meineides und der Depotscheinfälschung weist er energisch als gänzlich aus der Luft gegriffen zurück.

Amtsgerichtsrat Schmidt erklärt, daß er im Jahre 1894 in Großrudestedt war und von dem in der Broschüre geschilderten Vorgang betr. der herausgeschnittenen Unterschrift nicht das geringste wisse. Daß er bei der gegen Jungherr anhängig gemachten Untersuchungssache diesem Gelegenheit zum Ausbiegen gegeben habe, bestreitet er.

Rechtsanwalt Günther bestreitet, daß er im Einverständnis mit der Gegenpartei gehandelt hat. Sämtliche Vorwürfe gegen ihn seien aus der Luft gegriffen.

Nachdem der Schriftsachverständige Langenbruch-Berlin erklärt hatte, daß von einer Urkundenfälschung nicht die Rede sein könne, da die ganze Schrift nichts auffälliges zeige, wurde die Verhandlung für heute abgebrochen. Das Urteil wird morgen, wenn auch in später Stunde, erwartet.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Eine faule Gründung im Sterben.** Nach endlosen Rettungsversuchen sind die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke in Danzig, die einem Befehl der preußischen Regierung ihre Gründung verdankten, endgiltig stillgelegt worden. Einem ähnlichen Schicksal dürfte die Aktiengesellschaft Nordseewerke Emder Werft in der Stadt Emden verfallen. Die Lebens- oder besser Sterbensgeschichte beider Gesellschaften ähnelt einander sehr. Nach dem Ausbau des Emder Hafens tauchte der Plan auf, Emden auf schnellstem Wege zu einer der größten Seestädte werden zu lassen. Die Seele dieser Projekte war ein Herr Roer, der in einem außergewöhnlich eiligen Tempo mehrere Aktiengesellschaften gründete, die sich besonders dadurch auszeichneten, daß sie alle sehr patriotische Namen trugen. Die Hauptgründung war die Aktiengesellschaft „Nordseewerke“, die im Jahre 1903 ins Leben trat. Der Staat gab für die zu bauende Schiffswerft das Terrain zu einem geringen Pachtpreise auf 99 Jahre her, die Stadt Emden beteiligte sich mit 500 000 Mk., in der Vorfreude über die kommende Entwicklung zahlte sie dem Gründer Roer eine Gründungstantieme von 100 000 Mk. Das Grundkapital der Gesellschaft betrug 2,1 Millionen Mark. Noch bevor das Werk betriebsfertig war stellte sich die Notwendigkeit der ersten Sanierung heraus. Zu Beginn des Jahres 1907 war nach weiteren Sanierungen das Unternehmen so weit gediehen, daß 4½ Millionen Mark als verloren angesehen werden konnten. Inzwischen sind die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht worden, um die Emder Schiffswerft am Leben zu erhalten. Im vorigen Jahre wurde der Beschluß gefaßt, eine Anleihe von 800 000 Mk. aufzunehmen, um die übernommenen Schiffsbauaufträge wenigstens ausführen zu können. Die Aktionäre haben jedoch nur minimale Beträge gezeichnet, diese Anleihe konnte deshalb nicht untergebracht werden. Die Gesellschaft nahm zur Fertigstellung der Bauten gegen hypothekarische Sicherheit Vorschüsse auf, sie berief alsdann zum 5. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ein, um von den

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

19

In allen Zimmern waren die Fensterläden fest mit Schrauben verwahrt und ließen nur wenig Licht durch kleine runde Löcher ein, was die Zimmer noch düsterer machte und sie mit seltsamen Schattengestalten füllte. Ein hinteres Dachstübchen hatte ein mit starken Stäben verwahrtes Fenster ohne Läden. Oliver schaute stundenlang traurig hinaus, obwohl er nichts sehen konnte als eine verworrene, gedrängte Masse von Dächern, geschwärzten Schornsteinen und Giebeln. Bisweilen zeigte sich auf ein paar Augenblicke in der Dachluke eines fernen Hauses ein nur undeutlich zu erkennndes Gesicht; allein es verschwand bald, und da das Fenster von Olivers Observatorium vernagelt und durch den Regen und Rauch von Jahren trüb und blind gemacht worden war, so war es ihm nur möglich, die Formen ferner Gegenstände undeutlich zu erkennen, und er konnte nicht daran denken, sich bemerkbar zu machen, zumal auch die Nachbarschaft sicher nicht die achtbarste und vertrauenerweckendste war.

Eines Nachmittags kehrten der Baldowerer und Charley Bates nach Hause zurück, um sich auf eine Abendunternehmung vorzubereiten, die es erfordern mochte, daß sie sich sorgfältiger als gewöhnlich ankleideten. Der Baldowerer gebot Oliver, ihm die Stiefeln zu reinigen, und Oliver war froh, nur einmal Menschen zu sehen und sich nützlich machen zu können, wenn es ohne Verletzung der Redlichkeit geschehen konnte. Während er beschäftigt war, dem Geheiß Folge zu leisten, wobei Jack auf einem Tische saß, blickte der junge Gentleman zu ihm hernieder, seufzte und sagte halb zerstreut und halb zu Charley Bates: „'s ist doch Jammer und Schade, daß er kein Kochemer ist.“

„Ah,“ sagte Charley Bates, „er weiß nicht, was ihm gut ist.“

„Du weißt wohl nicht mal, Oliver, was ein Kochemer ist?“ fragte der Baldowerer.

„Ich glaube es zu wissen,“ erwiderte Oliver schüchtern; „ein Dieb — bist du nicht ein Dieb?“

„Ja,“ sagte Jack, „und ich rechn' es mir zur Ehre. Ich bin ä Dieb; Charley ist's, Fagin ist's, Sikes ist's; Nancy und Betsy sind gleichfalls Diebinnen. Wir sind samt und sonders Diebe, bis herunter zu Sikes' Hund, und der geht noch über uns alle.“

„Und ist kein Angeber,“ bemerkte Charley Bates.

„Er würde in der Zeugenloge nicht mal bellen, um sich nicht zu verraten oder verdächtig zu machen,“ fuhr Jack fort. „Doch hat das nichts zu schaffen mit unserm Musjö Grün.“

„Warum begibst du dich nicht unter Fagins Oberbefehl, Oliver?“ fiel Charley ein.

„Könntest doch dein Glück so schön machen,“ setzte Jack hinzu, „und von deinem Gelde leben wie ein Gentleman, wie ich's zu tun denke im nächstkommenden fünften Schaltjahr und am zweiundvierzigsten Dienstag in der Fastenwoche.“

„Es gefällt mir nicht,“ sagte Oliver furchtsam. „Ich wollte, daß Fagin mich fortgehen ließe.“

„Das wird Fagin bleiben lassen,“ bemerkte Charley.

Oliver wußte dies nur zu gut, und in der Meinung, es möchte gefährlich sein, seine Gedanken noch offener auszusprechen, fuhr er seufzend in seinem Geschäfte fort.

„Schäme dich!“ hub der Baldowerer wieder an. „Hast du denn gar kein Ehrgefühl? Ich möchte um nichts in der Welt meinen Freunden zur Last fallen, am wenigsten ohne 'nen Finger zu rühren, um ihnen zum wenigsten meine Erkenntlichkeit zu beweisen.“

„Es ist wahrhaftig zu gemein und niedrig,“ sagte Charley Bates, einige seidene Taschentücher hervorziehend und in eine Kommode legend.

„Es wäre mir ganz unmöglich!“ rief Jack Dawkins, sich in die Brust werfend, aus

„Und doch könnt ihr eure Freunde im Stich lassen,“ bemerkte Oliver mit einem halben Lächeln, „und zusehen, daß sie für Dinge bestraft werden, die ihr getan habt.“

„Es geschah bloß aus Rücksicht gegen Fagin,“ erwiderte Jack kaltblütig. „Die Schoderer (Gerichtsdiener) wissen, daß wir gemeinschaftlich arbeiten, und er hätte in Ungelegenheit kommen können, wenn wir nicht davongelaufen wären. Schau hier,“ setzte er hinzu, griff in die Tasche und zeigte Oliver eine Handvoll Schillinge und Halbpence. „Wir führen ä flottes Leben, und was tut's, woher das Geld dazu kommt? Da, nimm hin; wo's her ist, da ist noch mehr von der Sorte. Du willst nicht? O Dümmling, Dümmling aller Dümmlinge!“

„Er ist ä Böjewicht, nicht wahr, Oliver?“ fiel Charley Bates ein. „Er wird noch geschnürt werden, nicht wahr?“

„Ich weiß nicht, was das ist,“ sagte Oliver.

Charley Bates nahm sein Taschentuch, knüpfte es sich um den Hals und stellte die Hängoperation pantomimisch und vollkommen kunstgerecht dar. „Das ist's,“ sagte er endlich unter schallendem Gelächter.

„Du bist schlecht erzogen,“ bemerkte Jack Dawkins ernsthaft; „indes wird Fagin doch schon noch etwas aus dir machen, oder du wärst der erste, der sich ganz unbrauchbar gezeigt. Also fang' nur je eher desto lieber an, denn du wirst mitarbeiten im Geschäft, eh' du's meinst, und verlierst nur Zeit, Oliver.“

Charley Bates fügte noch mehrere moralische Betrachtungen hinzu, schilderte mit glühenden Farben die zahllosen Annehmlichkeiten des Lebens, das sie, er und Jack, führten, und bemühte sich mit einem Worte auf das eifrigste, Oliver zu überzeugen, daß er nichts Besseres tun könne, als kaltmöglichst um Fagins Gunst durch dieselben Mittel zu werben, die er und Jack zum gleichen Zwecke angewendet.

„Und vor allen Dingen, Nolly (Oliver),“ sagte Jack, als sie den Juden kommen hörten, „bedenk' das: nimmst du keine Schneichen und Zwiebeln —“

„Was hilft's, daß du so zu ihm redest?“ unterbrach Charley; „weiß er doch nicht, was du damit sagen willst!“

„Nimmst du keine Taschentücher und Uhren,“ fuhr der Baldowerer, zu Olivers Fassungskraft sich herablassend, fort, „so tut's der erste beste andere, und der hat was davon, und du hast nischt, da du doch ein ebenso gutes Recht dazu hast.“

„'s ist ganz klar — ja ja — ganz klar,“ sagte der Jude, der unbemerkt von Oliver eingetreten war, „klar wie die Sonne, mein Kind. Glaub' dem Baldowerer; er kennt den Katechismus seines Geschäfts aufs Haar.“

Das Gespräch wurde indes für jetzt abgebrochen, da Fagin mit Miß Betsy und einem Gentleman angelangt war, den Oliver noch nicht gesehen hatte und den der Baldowerer Tom Chitling nannte, als er eintrat, nachdem er draußen ein wenig verweilt, um mit der Dame einige Galanterien zu wechseln.

Tom Chitling war älter an Jahren als der Baldowerer, da er etwa achtzehn Winter zählen mochte, bezeigte demselben aber eine Ehrerbietung, woraus man klärlich sah, daß er sich bewußt war, an Genie und Geschäftserfahrung ihm untergeordnet zu sein. Tom hatte kleine blinzelnde Augen und ein pockennarbiges Gesicht und trug eine Pelzkappe, eine Jacke aus dunklem Tuch, fettige Barchenthosen und eine Schürze. Er sah in der Tat ziemlich abgerissen aus, entschuldigte sich jedoch bei der Gesellschaft damit, daß „seine Zeit“ erst seit einer Stunde ausgewesen sei, daß er seine Uniform sechs Wochen getragen und noch nicht daran habe denken können, die Garderobe zu wechseln. Er schloß mit der Bemerkung, daß er zweiundvierzig Tage angestrengt gearbeitet und „bersten wolle, wenn er in der ganzen Zeit 'nen Tropfen gekostet und nicht so trocken sei wie ein Sandfaß“.

„Was meinst du, Oliver, woher der junge Mensch wohl kommt?“ fragte der Jude grinsend, während Charley eine Branntweinflasche auf den Tisch stellte.

„Ich — ich kann's nicht sagen, Sir,“ erwiderte Oliver.

„Wer ist denn der?“ fragte Tom Chitling, Oliver verächtlich anblickend.

„Ein junger Freund von mir, mein Lieber,“ antwortete Fagin.

„Dann hat er's gut genug,“ bemerkte Tom, den Juden einen bedeutsamen Blick zuwerfend. „Kümmre dich nicht darum, Bursch, woher ich komme; es gilt 'ne Krone, wirst bald genug selber da sein!“

Es wurde gelacht, Fagin flüsterte mit Tom, alle versammelten sich am Kamine, der Jude forderte Oliver auf, sich zu ihm zu setzen und lenkte das Gespräch auf Gegenstände, von welchen er erwarten konnte, daß seine Zuhörer den lebhaftesten Anteil daran nehmen würden; nämlich die großen Vorteile des Geschäfts, die Talente des Baldowerers, die Liebenswürdigkeit Charleys und die Freigebigkeit Fagins. Als sie erschöpft waren

Aktionären die Zeichnung von 800 000 Mark zu verlangen, die eine beschränkte Fortsetzung des Betriebes bis zum Eintritt günstigerer Zeiten, in denen eine bessere Verwertung der Aktiven im Wege der Liquidation erfolgen könnte, ermöglichen sollen. Die Generalversammlung hat nach erregten Auseinandersetzungen die Liquidation abgelehnt. Nach diesem Beschluß würde die kranke Werft noch weiter bestehen bleiben, die Beratung über neue Rettungsmaßnahmen, die Reduktion des Aktienkapitals, die Zusammenlegung der Aktien und Aufbringung neuer Mittel, wurde vertagt. Bei der Sanierung im August 1907 wurde erklärt, daß nach Ausführung des damaligen Sanierungsplanes die Gesellschaft in eine glänzende Lage gebracht würde. Die Sanierungskommission hat sich gründlich getäuscht, denn inzwischen ist nach der Angabe der Aktionäre eigentlich die Stillegung der Werft schon erfolgt. Es sollen in den Betrieben, die für eine Beschäftigung von mehr als 1000 Arbeitern eingerichtet sind, nur noch 5 Schiffbauer, 3 Tischler, 15 Nieter, 18 Lehrlinge und einige Platzarbeiter beschäftigt sein. Die Aussicht auf ein Fortbestehen der Emder Werft ist sehr gering. Zwei Aktionäre glauben nach ihren Erklärungen in der Generalversammlung, größere Geldmittel beschaffen zu können, wenn der jetzige Aufsichtsrat zurückträte. Diesem Verlangen nachzukommen, dürfte für die Aufsichtsräte kein Opfer bedeuten.

Gegen die Preispolitik der Syndikate wendet sich die Stuttgarter Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht. Es wird der Vorwurf ausgesprochen, daß die Mehrzahl der Rohprodukte- und Halbfabrikat-Syndikate und -Kartelle „in zu einseitiger Wahrung ihrer Interessen die mit steigenden Schwierigkeiten kämpfende deutsche Industrie nicht genügend unterstützt und damit das Gesamtinteresse des deutschen Wirtschaftslebens nicht hinreichend gewahrt hat." Insbesondere habe das Kohlensyndikat durch sein Verhalten der Industrie großen Schaden zugefügt. Durch Verminderung der Kohlenlieferungen, die teilweise 30 bis 33 Prozent der bestellten Mengen ausmachten, wurden württembergische Firmen sehr betroffen, einige sogar zu Betriebseinstellungen genötigt.

ssc. **Die schweizerische Uhrenindustrie.** Ein höchst interessantes Bild von der Entwicklung der Industrie der Taschenuhren in der Schweiz entwirft A. Pfleghart, Rechtsanwalt in Zürich, in Heft 133 der „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen" (Leipzig, Duncker und Humblot). Die Ausfuhr an Taschenuhren aus der Schweiz ist in den letzten Jahren ganz bedeutend gestiegen. Sie betrug:

	Stück	Wert in Franken
1898	5 792 169	106 397 000
1900	7 314 270	119 991 000
1902	7 344 862	118 503 000
1904	8 005 203	120 720 000
1906	9 990 272	149 921 000

Der durchschnittliche Preis der einzelnen Uhren ist aber beständig rapid zurückgegangen. Es betrug der durchschnittliche Verkaufswert einer Taschenuhr:

im Jahre	mit goldenem Franken	silbernem Franken	sonst. Gehäuse Franken
1885	66,15	20,40	11,90
1890	60,80	16,92	10,18
1895	55,79	13,87	9,32
1900	50,11	12,25	8,46
1904	51,86	11,80	6,93

Das heißt also: der Preis einer goldenen Uhr hat sich in dieser Periode um 22 Prozent, derjenigen einer silbernen und einer Nickel- oder Stahluhr um je 42 Prozent ermäßigt. Im Jahre 1905 haben sich aber die Uhrenfabrikanten auf eine allgemeine Preiserhöhung geeignet und der mittlere Preis für goldene Uhren stieg deshalb in diesem Jahre von 51,86 auf 55,54 und für silberne auf 12,44 Franken, während der Preis der Nickeluhren abermals von 6,92 auf 6,48 Franken sank.

Das größte Absatzland ist Deutschland, wohin im Jahre 1906 1 785 814 Uhren im Werte von 31 505 000 Franken exportiert wurden, während nach England nur 1 414 922 Stück im Werte von nur 16 899 000 Franken gingen. England bezieht also sehr viel billige Uhren.

---

und Tom Chitling gleichfalls Zeichen der Erschöpftheit an den Tag legte (denn das Besserungshaus ermüdet sehr nach einigen Wochen), entfernte sich Miß Betsy, und die übrigen begaben sich zur Ruhe.

Von diesem Tage an wurde Oliver nur noch selten allein gelassen und in eine fortwährend enge Verbindung mit Jack und Charley gebracht, die mit dem Juden täglich das alte Spiel spielten — Fagin wußte am besten, ob zu ihrer eigenen oder Olivers Belehrung und Vervollkommnung. Zu anderen Zeiten erzählte ihnen Fagin Geschichten von Diebstählen und Räubereien, die er in seinen jüngeren Tagen begangen und mischte so viel Merkwürdiges, Spaßhaftes und Drolliges ein, daß Oliver sich oft nicht enthalten konnte, herzlich zu lachen und den Beweis zu liefern, daß er trotz seiner besseren Gefühle Wohlgefallen an diesen Geschichten fand.

Kurzum, der schlaue alte Jude hatte den Knaben sozusagen im Netze und war, nachdem er ihn durch Einsamkeit und die Qual derselben dahingebracht, jede Gesellschaft seinen traurigen Gedanken in einem so öden, finsteren Hause vorzuziehen, eifrig darüber aus, seinem Herzen das Gift langsam einzuflößen, daß, wie er hoffte, die Farbe desselben verändern und es für immer schwärzen sollte. (Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Ein serbischer Protestant. Der serbische Kronprinz fährt fort, Reden zu halten; er protestiert gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina, er protestiert gegen die Stellung der Türkei auf dem Balkan, er protestiert gegen den faulen Frieden und fordert seine Landsleute auf, sich seinen flammenden Protesten anzuschließen.

Da erschien ein Serbe bei ihm und sagte: „Ich protestiere — — —" „Bravo, mein Freund", unterbrach ihn der Kronprinz. „Sei mir willkommen. Wer bist du?"

„Ich bin der Gerichtsvollzieher und protestiere diesen von Ew. Königlichen Hoheit akzeptierten Wechsel."

„Raus", schrie der Kronprinz. „Ich protestiere gegen diesen Protest."

Aus dem Olymp. Schiller: Denk' einmal, Goethe, 20 000 Taler hat ein Dichter unten — Sudermann heißt er — von einem Verleger für ein einziges Buch bekommen. Jetzt wird erst klar, wie furchtbar wenig das wert gewesen ist, was ich einmal geschrieben habe.

Goethe: Aber Schiller, du bist auch zu bescheiden.

Wie man hört, ist Bodo Ebhardt von der ägyptischen Regierung mit dem Umbau der Pyramiden betraut worden. Er beabsichtigt sie auf die Spitze zu stellen, wodurch sie entschieden ein gefälligeres und mehr modernes Aussehen gewinnen.

An die Regierung.

Ich gieße Blei und trink' Silvester-Punsch
Und hab' für dich dabei den Herzenswunsch:
Mag's mit dem Zickzackkurs für immer Schluß sein
Und all dein Handeln wie aus einem Guß sein!
„Kladderadatsch".

Aus dem medizinischen Examen. „Was gäben Sie jemand, der eine starke Dosis Arsenik verschluckt hat?" — „Die letzte Oelung!"

Hamburger Schauerleute. „Du Hein! Smeet mi mal die Kiste röwer, wo da upsteit „Börsicht"!"

Castro in der Klinik. „Wat fehlt denn dem Manne eejentlich?" — „Er is jestürzt!"

Der neue Plutarch. „Was soll denn nun aus meiner Politik werden?!" meinte ärgerlich König Eduard. „Verflucht! Wenn mein Neffe keine Reden mehr hält, wie soll ich denn da wissen, was los ist?" „Jugend".

Ueber die Lohnverhältnisse in der schweizer Uhrenindustrie hat besonders der Fabrikinspektor Dr. Schuler Erhebungen gemacht, wonach die Arbeitslöhne in den industriellen Zentren, wo die ganzen Uhren und in Dörfern, wo nur Bestandteile verfertigt werden, sich wie folgt stellen:

	Vollarbeiter	Arbeiterinnen	Jugendliche
in der Stadt	5,55 Fr.	2,85 Fr.	3,25 Fr.
auf dem Lande	3,75 „	2,65 „	1,70 „

Aber viel mehr noch als die Preise der Uhren sind die Löhne in den letzten 25 Jahren gesunken. Der Gewinn der Unternehmer ist also durch die Verbilligung der Preise nicht geschmälert worden — im Gegenteil, in dieser Zeit jedenfalls noch erheblich gestiegen. Denn die Betriebsweise wurde ja auch eine rationellere und die Arbeit und Ausbeutung eine intensivere. Und indem billigere Frauenarbeit an die Stelle der teueren Männerarbeit trat, haben die Unternehmer ganz bedeutende „Ersparnisse" gemacht!

Soziales.

Aus den Berufsgenossenschaften. Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1907 sind dem Reichstage zugegangen. Danach bestanden im Jahre 1907 zur Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 Versicherungsanstalten, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 206 staatliche und 329 Provinzial- bezw. Kommunal-Ausführungsbehörden. Von den insgesamt 114 Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1907 gezahlt an Entschädigungen 136 425 688,34 Mk., an Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit 756 588,76 Mk., an Kosten der Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigung 4 834 303 Mark 49 Pfg., an laufenden Verwaltungskosten 13 390 561,12 Mark, und an Einlagen in den Reservefonds 19 080 244,96 Mk. Den Gesamtausgaben von 179 464 416,38 Mk. standen Einnahmen von 179 842 690,21 Mk. gegenüber. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1907 zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, belief sich auf 144 703. Darunter waren 9815 Unfälle mit tödlichem Ausgange und 1356 Unfälle, die dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Im Jahre 1907 gelangten insgesamt 662 901 Unfälle zur Meldung gegenüber 645 583 Fällen im Vorjahre.

Die Arbeitslosigkeit in Dresden wird auch durch einen Bericht der Dresdener Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter illustriert. Im Jahre 1908 war die Hälfte aller Mitglieder 1243 gezwungen, die Erwerbslosen - Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Außerdem erhielten 371 Personen für 13 266 Tage Arbeitslosen-Unterstützung. Dabei kommen aber nur die bezugsberechtigten in Frage. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen noch viel größer.

Militärisches.

Ein Soldatenquäler. Wegen Soldatenmißhandlung in fünf Fällen und Bedrohung mit Totschlag hatte sich vor dem Königsberger Kriegsgericht der Unteroffizier Blumenthal vom Infanterieregiment Nr. 43 zu verantworten. Er hatte zwei Rekruten zu wiederholten Malen so mißhandelt, daß er eine aus der Kaserne lief, um sich das Leben zu nehmen, doch hat er schließlich den Selbstmord nicht ausgeführt. Ferner hatte der Unteroffizier einem Rekruten das Seitengewehr vor die Brust gehalten und gedroht, ihm die Waffe durch die Kaldaunen zu jagen.

Der Anklagevertreter beantragte gegen den Angeklagten, der alles leugnete, Degradation und sechs Monate Mittelarrest. — Das Kriegsgericht sah aber von der Degradation ab und erkannte auf 5 Wochen Mittelarrest.

Der Soldatenschinder kann also nach Verbüßung dieser Strafe die Leute weiter quälen.

Aus der Kaserne. Vor dem Kriegsgericht in Danzig hatte sich am 6. Januar der seinerzeit freiwillig beim 1. Leibhusarenregiment eingetretene Soldat Gutzmer wegen unerlaubter Entfernung und Selbstverstümmelung zu verantworten. Der Angeklage war wiederholt davongelaufen und hatte sich schließlich einen Finger abgehackt. Der Stabsarzt Blomberg — als Sachverständiger — erklärte, daß er den Angeklagten wochenlang beobachtet habe; er wäre auf Grund der ganzen Sachlage zu der Ansicht gekommen, daß dem Angeklagten der Schutz des § 5 (Unzurechnungsfähigkeit) zuzubilligen sei. Der Generalarzt Hünermann vertrat den entgegengesetzten Standpunkt.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr drei Monaten und einer Woche Gefängnis.

Vermischtes.

Brandstiftung. Oldenburg, 7. Jan. Der Riesenbrand in Brake vom 31. Dezember, der eine Million Mark Schaden anrichtete, ist durch Brandstiftung entstanden.

Ungetreue Beamte. Offenbach, 7. Jan. Die Bürgermeisterei hat gegen den Oberbuchhalter Adolf Gren, früher in der Stadtkasse, und gegen den Buchhalter Dammel wegen wiederholten schweren Diebstahls das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Ermordet aufgefunden. Bordeaux, 7. Jan. In einer Grube des Holsteinischen Gehöftes bei Bordeaux wurde die seit Wochen vermißt gewesene Gattin Hermia des Wirtschaftsbesitzers Holstein ermordet aufgefunden. Nach hartnäckigem Leugnen legte der älteste Sohn des Wirtschaftsbesitzers ein umfassendes Geständnis ab, die Tat verübt zu haben, weil die Ermordete, seine Stiefmutter, sich in gesegneten Umständen befand und vielleicht beabsichtigte, den Sohn aus erster Ehe im Erbe zu kürzen.

Geheimnisvolles Verschwinden einer jungen Engländerin. Aus London läßt sich der „L. A." folgende Geschichte telegraphieren: Am vergangenen Sonnabend fuhren zwei elegante, in der Gesellschaft wohlbekannte junge Damen — die Schwestern Miß Violet und Miß Lilian Charlesworth, die mit ihren gutsituierten Eltern in dem Landhause Borderw zu St. Asaph in Wales wohnen — von dort mit ihrem Chauffeur Albert Watts in einem Automobil nach Bangor und zurück. Auf dem Rückwege stieß das Auto, als es von Miß Violet geführt wurde, an der Küste von Penmaenbach gegen eine niedrige Felsenwand, welche die Straße von dem darunter liegenden Meere trennt. Man fand später Miß Lilian und den Chauffeur halb betäubt auf der Straße liegend. Die 25jährige bildhübsche Miß Violet war verschwunden. Der Chauffeur und Miß Lilian wurden mit dem leicht beschädigten Auto nach der Polizeistation Penmaenbach gebracht und dann in einem Hotel untergebracht. Sie erklärten in offenbar nicht ganz zurechnungsfähigem Zustande, daß Miß Violet durch das Schutzglas des Auto hindurch über die Felswand ins Meer geschleudert sei. Man stellte sofort Nachforschungen nach ihr an, die jedoch vergeblich waren. Obgleich die junge Dame durch das Glasfenster geschleudert sein soll, fand man keinerlei Blutspuren. Es wurde ferner festgestellt, daß zur Zeit des Unfalles Ebbe herrschte und nur wenige Zoll hoch Wasser unter den Klippen stand. Nirgends war eine Spur von Miß Violet zu finden. Das Geheimnisvolle des Vorfalles wurde erhöht, als am folgenden Morgen Miß Lilian mit dem Auto verschwunden waren. Ein Freund der Familie habe sie in aller Frühe nach St. Asaph zurückgebracht, hieß es. Darauf zeigte sich die Familie Charlesworth eine Zeitlang nicht mehr bemüht, die Leiche der Miß Violet zu finden. Erst jetzt wurde von der Familie eine Belohnung von 400 Mk. zur Auffindung der jungen Damen ausgesetzt. — Miß Lilian und der Chauffeur sollen zu St. Asaph krank daniederliegen. Ihre Verletzungen sind jedoch offenbar nicht ernst. Es wurde auch ermittelt, daß Miß Lilian nach dem Unfall, und, ehe sie auf der Straße liegend gefunden wurde, in die Stadt Penmaenbach und zurückgegangen war. Die verschwundene Dame war ein Patenkind des Generals Gordon und sollte am 13. Januar ein großes Vermögen antreten. Sie war hoch und schön gewachsen und eine schneidige Sportsdame. Sie besaß ein Jagdschloß, Flowerburn zu Fortrose, und eine Anzahl Automobile, in denen sie häufig ausfuhr. Man ist auf die Aufklärung des geheimnisvollen Vorfalles hier äußerst gespannt.

Kleines Feuilleton.

Wasserverbrauch bei Lokomotiven. Auf langen Eisenbahnstrecken muß die Maschine gelegentlich gewechselt werden. Es hängt das nicht mit der mangelhaften Leistungsfähigkeit der Lokomotiven zusammen, sondern damit, daß sich das Material für die Dampferzeugung verzehrt hat. Und zwar ist es nicht der Kohlenvorrat, der sich zuerst erschöpft, sondern das Wasser. Es ist ermittelt worden, daß eine D-Zug-Maschine, die einen normal zusammengesetzten Zug mit einer Geschwindigkeit bis zu 100 Kilometer in der Stunde fährt, auf den Kilometer etwa 84 Kilometer Wasser verbraucht, wenn Wind und Wetter leidlich günstig sind. Diese Menge kann man sich klar machen, wenn man bedenkt, daß sie fast 1¾ Zentner wiegt! Da die neuesten Tender bei uns 31 Kubikmeter, also 31 000 Liter fassen, so findet man durch eine einfache Division von 31 000 durch 84, daß ein Zug mit ausgewählter Maschine und großem Tender rund 370 Kubikmeter fahren kann, ehe der Wassermangel dazu zwingt, anzuhalten und den Tender neu zu füllen, oder schnell eine neue Maschine anzuspannen, deren Kohlen- und Wasservorräte noch vollständig sind.

ag. **Die Bedeutung der Sauerstoffbehandlung in der Gewerbehygiene.** Es gibt eine ganze Anzahl von Krankheiten, bei denen eine rechtzeitig eingeleitete und geschickt angewandte Sauerstoffeinatmung von großem gesundheitlichen Werte sein kann. Sie kommt in Betracht bei der Einatmung von Dämpfen aus salpetriger Säure oder ähnlichen Verbindungen, wo die Gefahr der Erstickung vorliegt. Fast ebenso liegen, wie Dr. Brat in der „Zeitschrift für Gewerbehygiene" anführt, die Verhältnisse für Jodwasserstoff, Teerwasserstoff und manche Schwefelverbindungen. Auch bei Nervengiften, wie Schwefelwasserstoff, und Blutgiften, wie Blausäure, sowie bei Kohlenoxydvergiftungen wird diese Wirkung des Sauerstoffs ins Auge gefaßt werden müssen. Um seine bessere Zuführung zu den Lungen herbeizuführen, als das durch künstliche Atmung geschehen kann, hat Brat einen Sauerstoffinhalationsapparat konstruiert, der es gestattet, auch bei Knochenbrüchen an den oberen Gliedmaßen oder am Brustkorb, bei denen eine künstliche Atmung nicht vorgenommen werden kann, Sauerstoff in die Lungen einzupumpen.

Standesamts-Nachrichten.

Minden. In der Zeit vom 27. Dezember 1908 bis 2. Januar 1909 wurden angemeldet:

Geburten: Söhne: Lokomotivheizer Lömker; Fahrradhändler Rösener; Hauswart Vierck: Kürschnermeister Vieweg; Maschinisten Görnert; Maurer Heinrich Müller: Bäcker Kleine.

Töchter: Tischler Borgmann; Gärtner Wegener; Wachtmeister Barkhausen; Kaufmann Franz.

Aufgebote: Ziegelarbeiter Meier in Lachem mit Marie Adamczyk in Minden; Arbeiter Tielke in Hannover mit Emma Katharine Luise Kruse in Hannover.

Eheschließungen: Königl. Bezirks-Polizeikommissar Hansch in Essen a. d Ruhr mit Johanna Hachenberg in Minden; Schlosser Eix mit Ottilie Genseler in Minden; Arbeiter Biermann mit Sophie Finze in Minden, Schneider Plöger mit Lina Laskowitz in Minden.

Sterbefälle: Sohn des Heizers Quint, 1 J. 6 M.; Ehefrau des Bankboten Rudolph, geb. Probst, 52 J. 7 M.; Tochter des Arbeiters Ahnefeld, 5 Wochen: Kaufmann Richter, 68 J. 9 M.; Arbeiter Serpental, 48 Jahre.

* * *

Amt Ennigloh. In der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1908 wurden angemeldet:

Geburten: Söhne: Handarbeiter Wilhelm Müller, Hunnebrock; Bäckermeister Hermann Töbtmann, Dünne (Zwill.); Kolon Heinrich Dettmer, Dünne; Zigarrenarbeiter Hermann Waegmann, Dünne; Kolon Heinr. Ortmeier, Südlengern; Kolon Heinr. Fleer, Südlengern; Zigarrenarbeiter Karl Oberpenning, Holsen; Kolon Heinr. Möller, Holsen; Bahnarbeiter Heinr. Beermann, Hunnebrock: Kolon Kaspar Tiemeier, Werfen; Zigarrenarbeiter Hermann Nehl, Holsen; Tischler August Wüllner, Spradow; Tagelöhner Franz Görtz, Ennigloh; Zigarrensortierer Karl Meier, Ennigloh; Fabrikarbeiter Heinr. Niederbäumer, Ennigloh; Bahnarb. Friedrich Schnelle, Ennigloh; Bahnschaffner Hermann Klusmann, Ennigloh.

Töchter: Zigarrenarbeiter Heinrich Dirker, Südlengern; Bäckermeister Hermann Töbtmann, Dünne (Zwill.); Tischler Karl Breitenkamp, Ennigloh; Bahnarbeiter Heinr. Stahlmann, Ennigloh· Holzschuhmacher und Maurer August Lindemann, Muccum; Werkmeister Wilhelm Storck, Südlengern; Zigarrenarbeiter Friedrich Thomas, Spradow· Tagelöhner Wilhelm Fischer, Muccum; Gasarbeiter Heinrich Ebke, Hunnebrock; Zimmergeselle Heinrich Schoßmeier, Dünne.

Aufgebote: Zigarrenarbeiter August Töbtmann, Dünne, und Zigarrenarbeiterin Luise Westerholt, Dünne; Landwirt Wilhelm Schmidt, Hoyel, und gewerbl. Johanne Coring, Hüffen; Bergmann Karl Kölling, Eving, und Fabrikarbeiterin Marie Inderlied, Spradow; Kaufmann Wilhelm Dieftelhorst, Wanne, und gewerbl. Friederike Koch, Ahle.

Eheschließungen: Ziegler Karl Jasper, Steinlacke, und Zigarrenarbeiterin Johanne Tremann, Oberbehme; Erdarbeiter August Sandbrink, Ennigloh, und Zigarrenarbeiterin Karoline Sieks, Ahle; Zigarrenarbeiter Wilhelm Bösch, Dünne, und Zigarrenarbeiterin Luise Wiegmann, Muccum· Zigarrenarbeiter Heinr. Grothan, Ennigloh, und Zigarrenarbeiterin Marie Altemeier, Ennigloh; Müller August Beunker, Ahle, und verw. Luise Kröger geb. Witte, Ahle.

Sterbefälle: Hermann Friedrich Karl Brünger, 2 Monat, Ahle; Martha Breitenkamp, 1 Tag, Ennigloh; Witwe Behrmann geb. Sundermeier, 70 J., Dünne; Ehefrau Altemeier geb. Ellermann, 33 J., Werfen; Ackergehilfe Karl Friedrich Meier, 76 J., Spradow; Malergehilfe Peter Heinr. Wilhelm Engelmann, 18 J., Ennigloh; Tischlermeister Joh. Heinr. Schuster, 68 J., Ennigloh; Zigarrenarb. Heinr. Friedr. Greiwe, 23 J., Ahle; Katharine Luise Paula Könker 2 J., Ennigloh; Ferd. Hermann Friedrich Halfe, 2 Monat, Ennigloh; Witwe Budde geb. Strathmann, 74 J., Dünne; Kistenarbeiter Friedr. Wilhelm Lübbing, 55 J., Spradow; Ehefrau Heinrich Gärtner geb. Griese 34 J., Südlengern.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Fettdruck hervorgehobenen Vereine gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an: Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Arbeiter-Sänger-Bund Westfalen, Arbeiter-Turner-Bund.

Sonntag.

Brackwede. „Brocker Männerchor" 2—4 bei Karl Schröder.
Porta. Gesangabteilung der Freien Turnerschaft 12½—2½ Uhr bei Herrn Fricke.

Montag.

Diskutierklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld".
Männer-Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr bei Viertmann, Bürgerweg.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr bei Brünig.
Gütersloh. Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr.
Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.
Rehme. Arbeiter-Gesangverein 9 Uhr bei Röbke.
halle"